

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2,- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 6a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 8909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 208 B

BERLIN • Sonntag, den 4. September 1932

1. JAHRGANG

Das Wüten der Sondergerichte.

Die Rolle der Kirche in der Großstadt.

Von Willi Eichler.

Ein katholischer Arbeitersekretär (Gockeln aus Düsseldorf) hat in einer großen öffentlichen Versammlung des Essener Katholikentages über das Thema „Gott in der Großstadt“ gesprochen. An dieser Rede war interessant, wie richtig die katholischen Arbeitervertreter selber die Rolle einschätzen, die ihrem „Gott“ (eigentlich ihrer Kirche!) in der Gesellschaft zukommt.

Gockeln erörterte die Schwierigkeit, in die das alte „religiöse“ Empfinden geraten sei durch die wachsende Unabhängigkeit des Menschen von der äußeren Natur.

„Das religiöse Bewußtsein unserer Vorfahren erhielt eine wesentliche Stütze in der Natur. Überall empfand der Mensch seine Abhängigkeit von der Natur für den Wohlstand des Lebens. In dieser seiner schicksalhaften Abhängigkeit empfand er die Überordnung der Natur über den Menschen. Und da er in der Natur die Schöpfung Gottes empfand, wurde ihm Natur zum Mahner von Gott selbst, war sie ein wichtiger Erzieher zum „göttlichen“ Leben. Weil Natur für ihn Geheimnis und Gottes Werk war, war auch ein Rebellionen gegen die verschiedenartige Not nicht da.

Diese damalige Zeit steht in tiefem Gegensatz zur Jetztzeit. Wir sind auch heute in der Großstadt noch nicht ganz von der Natur unabhängig. Für unsere Arbeit, für unsere Wirtschaft brauchen wir ihre Bodenschätze auch heute noch. Aber die entscheidende Wandlung liegt darin, daß diese Abhängigkeit für unser religiöses Bewußtsein völlig belanglos ist. Der Großstadtmensch fühlt sich unabhängig von der Natur. Die Zeitbestimmung ist nicht mehr von der Sonne abhängig. Tag und Nacht scheiden nicht mehr Arbeit und Ruhe.

Die Natur als schicksalbestimmender Faktor ist aus dem Leben des Menschen verdrängt. „Der Blitzableiter ist zuverlässiger als die geweihte Kerze im elterlichen Haus“. . . . So hat die

Entzauberung der Umwelt zu einer weittragenden Revolutionierung des Denkens

unserer Großstadtmenschen geführt. Für eine jede Störung, für einen jeden Mißklang im Leben ist immer gleich ein unmittelbar Verantwortlicher zu finden. Für den einen ist es der Kapitalismus, für den anderen die Bourgeoisie, für den dritten das System. Darum auch ist der

großstädtische Boden so fruchtbar für die politische Propaganda

dieser gekennzeichneten Art. Immer und immer wird mit dem System des Schuldigen gearbeitet.

„Der Blitzableiter ist zuverlässiger als die geweihte Kerze. . . .!“ Richtig! Und es hat sich also, was Jahrhunderte lang als religiöser Glaube galt, als Aberglaube gezeigt, und das hat verschiedene Menschen mit Recht stutzig gemacht auch den anderen Dogmen der Kirche gegenüber. Und das hat auch dazu geführt, daß die Menschen in dem elenden Gesellschaftszustand nicht ein Werk Gottes sehen (was sowieso undenkbar ist), sondern, daß sie den Schuldigen suchen — und auch zum Teil gefunden haben: im Kapitalismus, und manche auch schon dazu im Wirken der Kirche.

Und wo bleibt nun noch Platz für den katholischen „Gott in der Großstadt“? Hier gleitet der Herr Arbeitersekretär in eine tolle Kurve ab. Er sieht Gott in der Haltung der Menschen, die in der Großstadt trotz Elend und Hunger zu Tausenden an die „Gnadenstätten Deutschlands“ wallfahrten, die sich aus Kistendeckeln Wohnungen bauen und dabei nicht vergessen, auch eine Stätte zum Meßopfer mit einzubauen. Er selber sagt hinterher, daß dies alles der Tätigkeit — nicht Gottes! — sondern der Kirche zu danken sei, die „immer väterlicher Berater in allen Fragen des Lebens“ gewesen sei. Gerade weil die Kirche der Berater war, sind die Menschen so geduldig geworden, daß sie widerspruchslos das ungeheure Unrecht unserer Tage ertragen, ohne daß eine Welle der Empörung über die Welt dahingeht. Und so erträgt sie auch einen Berater, der als Arbeitersekretär, nachdem der Blitzableiter die geweihte Kerze entthront hat, Gott mobil machen möchte für Hilfen, für die es noch keine Mittel wie den Blitzableiter gibt: „Warum beten wir nicht um Schutz gegen die moderne Geißel der Menschheit, gegen die Arbeitslosigkeit? Warum erleben wir nicht Gottes Schutz und Hilfe für die vielen seelischen und leiblichen Gefahren der Großstadt? Früher beteten wir für Könige und Kaiser. Warum beten wir nicht für den aufrechten Staatsmann von heute und für einen

Neue unerhörte Urteile gegen links.

In Hirschberg wurde am 2. September wegen der Vorfälle in Schmiedeberg verhandelt, bei denen es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und Reichsbannerleuten gekommen war. In Schmiedeberg befand sich ein Arbeitsdienstlager der Sozialistischen Arbeiterjugend. Nach einem Zusammenstoß zwischen Erwerbslosen und Nationalsozialisten wurden die Wohn- und Schlafräume des Arbeitsdienstlagers der SAJ von etwa 150 SA-Leuten umstellt.

Diese sperrten die Zugänge zu dem Arbeitslager ab, sich so als Polizisten gebärdend.

Die Arbeiter benahmen sich trotzdem ruhig; es sammelten sich lediglich in der Nähe der gelben Banden einige Gruppen von Arbeitern an.

Gegen 22 Uhr etwa ging die SA-Sperrkette gegen die Arbeiter vor, wobei es dann zu erheblichen Verletzungen auf beiden Seiten kam.

Angeklagt waren jetzt eine große Reihe Schmiedeberger und auswärtiger Arbeiter, von denen acht der „Eisernen Front“ angehören und vier Kommunisten sind.

Die Nazis waren durch einen Angeklagten vertreten.

Der Nazi Schwarz, der die Umstellung des Lagers angeordnet hatte, wurde als Zeuge vernommen. Unerhört war, daß das Gericht den Nationalsozialisten das Recht zugestand, das Lager zu umstellen.

Der angeklagte Nazi erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung drei Monate Gefängnis — die gesetzliche Mindeststrafe! Die anderen erhielten: Gewerkschaftssekretär Robert Etsner, Stadtverordneter Leder und der Kommunist Baaan je ein Jahr 6 Monate Gefängnis wegen schweren Landfriedensbruchs. Der Arbeiter Hirschfeld, der mit einem Messer gestochen haben soll, aber selbst schwer verletzt wurde, erhielt zwei Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Die übrigen angeklagten Arbeiter wurden zu drei bis neun Monaten Gefängnis verurteilt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Zu dem gestern von uns gemeldeten ungeheuerlichen Berliner Sondergerichts-Urteil von drei Jahren Zuchthaus gegen den Angeklagten Stühmer erfahren wir noch nach-

träglich, daß Stühmer unmittelbar nach seiner schweren Verwundung, die er angeblich durch seine eigenen Genossen erhalten hat, eine Strafanzeige erstattet hatte, bei dem von ihm erwähnt worden war, daß der Nazi Barti ihn schon vor längerer Zeit bedroht hätte. Diese Strafanzeige ist auf ihrem langen Weg „verlorengegangen“ und bei der Anklageerhebung nicht berücksichtigt worden.

Belastungszeugen waren nur Nationalsozialisten.

Besonders furchtbar ist die Verurteilung des Arbeiters Fabianke, dem von allen Seiten ein guter Leumund ausgestellt wird. Von ihm ist nur festgestellt worden, daß er in der Schäferstraße gesehen worden ist. Das Gericht hat nicht festgestellt, daß er zu den Unruhestiftern gehört, oder ob er an dem Zusammenstoß beteiligt war. Trotzdem erhielt er, und zwar wegen einfachen Landfriedensbruchs, ein Jahr Gefängnis.

Das „Berliner Tageblatt“ hat ausgerechnet, daß das Berliner Sondergericht bisher

in sieben Prozessen 42 Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Gefängnis

verhängt und acht Angeklagte freigesprochen hat. Angeklagt waren bisher bis auf einen der Freigesprochenen, der ein Nazi war, nur Kommunisten oder Parteilose. Infolge der Kritik an dem Sondergericht wurden bisher vier Berliner Zeitungen, und zwar kommunistische verboten.

Auch diese Zierde der Reaktion, die Sondergerichte, werden die Arbeiter nur los durch einen gemeinsamen politischen Akt: den Sturz der Regierung Papen und die Beseitigung ihrer Notverordnungen.

Wiederaufnahmeverfahren im Beuthener Prozeß!

Im Zusammenhang mit der Begnadigung der zum Tode verurteilten Nationalsozialisten zu lebenslanglichem Zuchthaus verlautet, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens bevorsteht. Das würde bedeuten, daß der Prozeß noch einmal vor dem ordentlichen Gericht, und zwar vor einem Schwurgericht, stattfinden wird.

Die Verurteilten sind am Sonnabend früh in das Zuchthaus nach Groß-Strelitz überführt worden.

Nationalsozialistische Belastungszeugen.

K. G. Für die Ergreifung der Sprengstoffinteressenten, die vor einiger Zeit aus einem Steinbruch am Hohen Hagen bei Göttingen acht Zentner Sprengstoff gestohlen hatten, hatte die Polizei 3000 Mark Belohnung ausgesetzt. Der Erfolg war unter anderem, daß der Händler Meyer aus Hannoversch-Münden, ein Sozialdemokrat, verhaftet und 18 Tage in Haft gehalten wurde. Dabei wurde er in der Presse als Kommunist bezeichnet. Meyer hatte in der Diebstahlsnacht einige Genossen mit seinem Auto nach Göttingen zu einer Feier gefahren und dabei den Ort Dransfeld am Hohen Hagen passiert. Das genügte anscheinend, um den Verdacht der Kriminalpolizei nach Hannoversch-Münden zu lenken und eine Aktion einzu-

leiten, in deren Verlauf eine ganze Bereitschaft Schupo in Münden in Tätigkeit trat, viele Verhaftungen und Hausdurchsuchungen bei Arbeitern vornahm — kurz: sich so gut blamierte, wie es eben ging; denn das Ergebnis war gleich Null.

Im Fall Meyer traten nationalsozialistische Bauern aus den Dörfern beim Hohen Hagen als Belastungszeugen auf. Sie hatten ein so feines Gehör, daß sie das Auto Meyers drei Wochen nach der Diebstahlsnacht an dem Geräusch des Motors wiedererkennen wollten, das sie in jener Nacht gehört hatten. Mit Recht stellte beim Haftprüfungstermin der Verteidiger fest, daß ihm noch nie derartig minderwertige Belastungszeugen vorgekommen seien.

guten Wahlentscheid? Warum wallfahrten wir nicht für Behebung der Welt- und Wirtschaftskrise?”

Vorläufig lassen es viele Menschen noch deswegen sein, weil sie wissen, daß es keinerlei Sinn haben würde. Weil sie wissen, daß, um Friedrich den Großen abzuwandeln Gott nicht nur bei den stärksten Bataillonen, sondern auch sonst bei den Stärkeren ist. Allerdings ist diese Erkenntnis eine revolutionierende. Und deshalb ist auch die Kirche daran interessiert, daß diese Erkenntnis nicht um sich greift. Und deshalb wird sie denunziert als „Bolschewismus“ und „Atheismus“, als Teufelsspek und anderes. Und deshalb muß ein Arbeitersekretär herhalten, seinen Kollegen und Arbeitsbrüdern den Kopf zu verkeilen mit Betrachtungen über Gott in der Großstadt.

So lange die arbeiterfeindliche Klassenpolitik der Kirche nicht von den Arbeitern erkannt wird, bleibt der Kampf gegen diesen Gegner des Fortschritts und der Gerechtigkeit eine vordringliche Aufgabe.

Herr Joos war von der Rede seines Kollegen entzückt.

Nach diesem sprachen noch ein Domherr und ein philosphierender Volkswirt — beide im gleichen Sinne:

Der Ehrendomherr Homscheid sprach für menschliche Begriffe völlig unverständlich. Wir zitieren nur zwei Sätze: „Der lebendige Gott im unzugänglichen (!) Licht, in dem wir leben, uns bewegen (!) und sind. . . .“ „Weil sie (die Wissenschaftler) exakt geforscht haben, mußten sie zur Metaphysik kommen, wo der lebendige Gott ihnen begegnet“, womit denn sein unzugängliches Licht wiederum zugänglich geworden ist.

Der Volkswirt Dessauer trennte die Sklaverei von der Technik. Ihm begegnen heute überall die hygienischen Notwendigkeiten (Beleuchtung, Reinigung. . .).

„Das alles wird nicht durch gequälte, Ihrer Menschenwürde beraubte, um den Sinn ihres Lebens betrogene Mitmenschen, sondern durch die Technik erfüllt.“

„Jeder arbeitet für andere und nimmt die Arbeit anderer in Empfang.“

„All dies Befreiungs- und Erhöhungstreiben nennen wir Technik. . . . Es nimmt ein unvergleich größerer Teil der

Menschen an dem gehobenen, vergeltigten und versittlichten Leben teil."

Wen sollte es wundern, daß nach diesen Präliminarien der Danker zu dem Schlußergebnis kommt:
„Damit ist die Technik gewöhnt.“

Aus dem Geschäftsbericht des „Volksvereins für das katholische Deutschland“: Die Finanzlage des Volksvereins hat sich gebessert. Die Schulden an einen Verlag sind, zuletzt mit einer Restsumme von 700 000 Mark, bezahlt worden.

Die Spannung zwischen Japan und China.

Nach amtlichen japanischen Meldungen ist ein Defensiv-Bündnis zwischen Japan und der Mandchurei bereits abgeschlossen worden.

Nach diesem Bündnis erhält Japan das Recht, in der Mandchurei ständig und überall Truppen zu unterhalten.

Die japanische Regierung erkennt mit der Bündnisfähigkeit der Mandchurei mittelbar das Hoheitsrecht der mandchurischen Regierung an, ein weiterer Schritt auf dem Weg, den die japanische Regierung Mitte September durch die offizielle Anerkennung der Mandchurei abzuschließen hofft.

Ein Vertreter des japanischen Außenministeriums erklärte, daß das Bündnis nicht die Errichtung einer japanischen Schutzherrschaft in der Mandchurei bedeute. Die Mandchurei genieße völlige Freiheit in außenpolitischen und finanziellen Fragen. Die japanische Regierung, die den neuen Vertrag den Großmächten vorlegen wird, hat sich noch nicht entschlossen, den Vertrag auch in Genf anzumelden; sie erklärt, keine Einmischung des Völkerbundes dulden zu wollen.

Der Außenminister der mandchurischen Regierung hat ein Telegramm an die chinesische Regierung gesandt, in dem er erklärt, die Lage in der Provinz Jehol habe sich in letzter Zeit infolge der geheimen Tätigkeit der chinesischen Agenten scharf zugespitzt. Die Verantwortung für die Spannung, die in der Provinz Mukden und auch in der Provinz Jehol entstanden sei, sei auf den Versuch der chinesischen Regierung zurückzuführen, die Mandchurei wieder zu erobern. Die mandchurische Regierung warne Nanking vor der Weiterführung dieser Politik, die sie nötigen würde, mit bewaffneter Macht gegen Nanking vorzugehen.

In einer Besprechung mit dem amerikanischen Botschafter erklärte der japanische Außenminister, Graf Uchida, die japanische Regierung werde weitere Maßnahmen zum Schutze japanischer Interessen in der Mandchurei treffen müssen.

Das japanische Parlament hat für Arme und Marine 87 Millionen Yen (etwa 43 Millionen Mark) Zusatzkredite bewilligt.

Kriegsschulden-Zahlungen am 30. September fällig.

Wie die „Times“ aus Washington melden, hat der amerikanische Unterstaatssekretär Castle die Erwartung seiner Regierung der USA ausgesprochen, daß auch Deutschland die am 30. September fälligen Teilzahlungen leisten werde. Es handelt sich um 12 1/2 Millionen Mark für Besatzungskosten und um 20 Millionen Mark für die Bezahlung von Ansprüchen amerikanischer Bürger gegenüber Deutschland. Castle soll ferner gesagt haben, daß die Regierung auch die Zahlung derartiger Gelder, die durch das Moratorium aufgeschoben worden sind, erwarte.

Da das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen die Möglichkeit des Zahlungsaufschubs vorsieht, ist anzunehmen, daß die deutsche Regierung von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird.

Paris bereitet Stresa vor.

Vor einer Wiederbelebung der Donaupläne.

Der Franzose George Bonnet, der Vorsitzende der Mitteleuropäischen Wirtschaftskonferenz, die am kommenden Montag in Stresa beginnt, hat vor dieser Tagung gründlich mit den Vertretern der interessierten Großmächte Fühlung genommen. Nach einem Besuch in London, der einer eingehenden Aussprache mit amtlichen englischen Stellen und den englischen Delegierten für Stresa diente, stattete Bonnet am Freitag dem deutschen und dem italienischen Botschafter in Paris einen Besuch ab und reiste anschließend nach Genf, um vor der Konferenz noch mit den dortigen Wirtschaftskreisen Fühlung zu nehmen.

In all diesen Vorbesprechungen kommt deutlich die Sorge zum Ausdruck, daß man in Stresa nicht weiterkommen werde als in den gescheiterten Donauverhandlungen des Frühjahrs; die über die politischen Gegensätze der Großmächte nicht hinwegzukommen vermochten.

Die autonomistische national-bretonische Partei tritt am 3. September zu ihrem Parteitag zusammen. Im Zusammenhang damit wird das Programm der Autonomisten in deren Parteiorgan veröffentlicht. Die Forderungen laufen praktisch auf völlige Loslösung der Bretagne von Frankreich hinaus; z. B. sollen französische Gesetze in der Bretagne erst nach Genehmigung des bretonischen Landesrats angewandt werden. Die bretonische Sprache soll in den Schulen gelehrt werden und bei Gerichtsverhandlungen zulässig sein.

In der Bretagne hat die katholische Kirche sehr starken Einfluß. Sie fördert die Autonomie-Bewegung, weil die Kirche in einer selbständigeren Bretagne besonders im Schulwesen großen Einfluß gewinnen könnte.

Paraguay lehnte den dreißigtägigen Waffenstillstand ab, den der neutrale Vermittlungsausschuß vorgeschlagen und den Bolivien angenommen hatte. Die Regierung von Paraguay begründet die Ablehnung damit, daß Bolivien durch die Verbesserung seiner strategischen Stellung Vorteile aus dem Waffenstillstand ziehen würde. Sie erklärt sich aber zu einem Waffenstillstand bereit, sobald eine tatsächliche Sicherheitsgarantie gegeben werden könnte, die nicht von diplomatischen Verhandlungen abhängig sei.

Der vorbereitende Ausschuß der Sachverständigen zur Weltwirtschaftskonferenz wird voraussichtlich Ende September in Genf tagen. Die Engländer, die die Tagung lieber nach London verlegt hätten, haben mit der Wahl nach Genf einen französischen Wunsch entsprochen.

Der Etat beläuft sich auf 600 000 Mark. Die Zahl der Ortsgruppen ist um 280 gestiegen; sie beträgt jetzt 43 800. Zahlende Mitglieder gibt es 330 000.

Der Volksverein unterhält eine Funktionärschule in München-Gladbach. Zur Zeit befinden sich dort 43 Schüler im Internat und 11 aus der Stadt.

Ein Geistlicher berichtete von einer Bruderschaft von 130 000 westfälischen Schützen; diese wollen mit dem Volksverein zusammen gegen den Kommunismus kämpfen.

Die chinesische Gesandtschaft hat sich beim japanischen Außenministerium gegen die erneut einsetzende Entsendung von Truppen und Kriegsschiffen nach China beklagt, da diese Maßnahmen gegen das Friedensabkommen verstoßen.

Wohl um zu verhindern, daß auch der chinesischen Regierung Verstöße gegen das Friedensabkommen vom 5. Mai 1932 vorgeworfen werden könnten, hat der Oberbürgermeister von Schanghai den japanischen Marinebehörden erklärt, daß alle Terrorakte im Zusammenhang mit dem antijapanischen Boykott, der wieder aufgenommen hat, mit dem Tode bestraft werden würden.

Zum Ausgleich des Einnahmefalles infolge der Beschlagnahmung der chinesischen Zolleinnahmen in der Mandchurei, hat die chinesische Regierung die Zölle auf Seide, Weine, Medikamente, Indigo und andere Farbstoffe bis zu 50 Prozent erhöht. Diese Maßnahme trifft besonders stark den japanischen Export.

Ein englisches Urteil über Schleichers Wehrmächtspläne.

S. H. Das Gutachten, in dem nach deutschen Meldungen die Gleichberechtigung Deutschlands von dem englischen Auswärtigen Amt anerkannt worden sein soll, ist in der englischen Öffentlichkeit unbekannt. In der englischen Presse bezweifelt man, daß überhaupt ein solches Gutachten vorliegt. — Die deutsche Öffentlichkeit kann mit Recht fragen, auf welche Quelle sich der Londoner Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeigers“, der von englischen Zeitungen als Verbreiter des Gerüchtes genannt wird, bei seiner Meldung eigentlich stützt.

Wir haben immer davor gewarnt, sich auf Englands Freundschaft für Deutschland zu verlassen. Wir hören jetzt, daß das fragliche Gutachten in amtlicher Form überhaupt noch nicht vorliegt. Es dringen ferner zu den Schleicherschen Wehrreden Urteile herüber, die nichts weniger als zustimmend sind. So schreibt der „Manchester Guardian“, Deutschland verfolge langsam und vorsichtig, aber zielbewußt eine Politik, die das ganze Werk der friedlichen Erneuerung und Veröhnung, so weit es seit dem Kriege gelungen sei, bedrohe. Es sei natürlich zuzugeben, daß von Seiten der Alliierten viele Fehler gemacht worden seien, die Deutschland gereizt hätten. „Aber möge die Befriedung Europas mit noch so vielen Fehlschlägen belastet sein, sie ist auf keinen Fall ein völliger Fehlschlag, und es ist nicht einzusehen, daß das ganze Werk nur darum zerstört werden sollte, weil ein Teil von ihm die Erwartungen enttäuscht hat.“

Nach der Meinung des Berliner Berichterstatters dieser Zeitung verfolgt die Politik von Papen und Schleicher den Hauptzweck der Wiederaufrüstung und Militarisation des deutschen Volkes — einen Zweck, bei dem die Regierung von fast allen einflußreichen politischen Gruppen des Landes unterstützt wird und bei dessen Verfolgung ihr niemand ernstlich entgegentritt.

Was die Opponenten der reaktionären Regierung anbetrifft, so interessiert sich das englische Blatt sehr für die Stellung des „Vorwärts“. Es erwähnt den Leitartikel des „Vorwärts“, der am Freitag, dem 26. August, unter der Überschrift „Wehrhoheit? Realpolitik in der Abrüstungsfrage!“ erschienen ist. In diesem Artikel stehen die Sätze:

„Schon jetzt läßt sich allerdings feststellen, daß die deutsche Öffentlichkeit durch Schlagworte auf Ziele festgelegt wird, die schlechterdings unerfüllbar sind und übrigens, wie es scheint, gar nicht von der Reichsregierung erstrebt werden. Dazu gehört z. B. der Ausdruck Wehrhoheit. Wenn dieses Wort einen Sinn hat, so doch nur den einer völligen Souveränität, also Selbständigkeit und Handlungsfreiheit Deutschlands auf diesem Gebiete. Wenn wir recht unterrichtet sind, sind die Pläne des Reichswehrministers von Schleicher viel konkreter, begrenzter und auch realpolitischer als dieses nationalsozialistische Schlagwort.“

Hierzu sagt der „Manchester Guardian“: Indem der „Vorwärts“ den extremen Militarismus der Nazis ablehnt, unterstützt er den weit schlimmeren Plan des Generals von Schleicher — der darum weit schlimmer ist, weil er weit durchführbarer ist, und weit durchführbarer, weil er weit gemäßigter ist; diese Mäßigung ist aber nur ein Schein; denn die Schleicherschen Pläne bedeuten einen Anfang und keinen Abschluß. Die sozialdemokratische Politik, die unter der Parole geführt wird, Schleicher sei besser als Hitler, muß nach der Meinung dieses Engländer bei den Massen, die hinter der sozialdemokratischen Partei stehen, eine tiefwurzelnde Ablehnung auslösen; denn er hält den Widerstand gegen den Krieg für etwas, das den deutschen Arbeiter mit am meisten berührt.

Die Schleicherschen Pläne, von denen Deutschland erst Näheres durch das gestern gemeldete italienische Interview erfahren hat, scheinen in England schon in der vorigen Woche bekannt gewesen zu sein. Wir hören von dort, daß die zwölfjährige Dienstzeit in eine zweijährige umgewandelt werden soll, daß die deutsche Regierung die Anzahl der Waffenfabriken erhöhen will — beides Äußerungen, die Schleichers Ausführungen gegenüber dem Italiener an Deutlichkeit bereits überbieten. Aber nicht darauf kommt es uns hier an, sondern darauf, welche Erwägungen die Engländer an diese Pläne knüpfen.

Unser Gewährsmann vom „Manchester Guardian“ glaubt, daß nicht nur Italien, sondern auch Frankreich den Plänen des Papen-Sleicherschen Kabinetts nicht wirksam

Die vorsichtigen Regierungen.

Zur Gleichberechtigungsfrage.

Während die Zeitungen nach wie vor je nach der Stellung, die sie einnehmen, verschönernde oder verhetzende Artikel zu der Gleichberechtigungsfrage schreiben, verhalten sich die Regierungen auffallend zurückhaltend. Von französischer Seite wird erklärt, die deutsche Regierung habe bereits in Genf angemeldet, daß sie die Verhandlungen, die sie in absehbarer Zeit aufnehmen würde, zunächst auf diplomatischem Wege einleiten möchte, d. h. unter Ausschaltung der militärischen Stellen. In diesem Sinn sei denn auch das Gespräch zwischen dem deutschen Außenminister, Neurath, und dem französischen Botschafter, Francois Poncet, geführt worden. Eine Bemerkung des französischen Diplomaten, die deutschen Anträge doch unmittelbar an Herriot zu leiten, sei mit dem Hinweis zurückgegeben worden, man sei von Herriot zu einem so unmittelbaren Schritt nicht ermutigt worden. Daraufhin habe man sich statt einer offiziellen Erklärung einer diplomatischen Note bedient.

Auch von Seiten Englands wird offensichtlich das Bemühen zur Schau getragen, die Fühlungnahme, die auf den englischen Kanälen zwischen Herriot und dem englischen Außenminister Simon angebahnt worden ist, zu erhalten, aber doch Deutschland gegenüber keine Entfremdung dadurch aufkommen zu lassen. Diese Absicht wird durch die Mitteilung dokumentiert, daß eine Abschrift der deutschen Denkschrift dem englischen Auswärtigen Amt zugestellt worden sei, daß England einstweilen an den Besprechungen nicht teilnehmen werde und daß England sich bisher noch in keiner Weise für oder wider die deutsche Auffassung festgelegt habe.

entgegentreten werden — wenigstens nicht im ersten Stadium der Durchführung. Denn Frankreich würde aus dem Um- und Ausbau des deutschen Heeres für sich das Recht ableiten, die eigenen Rüstungen beliebig zu vermehren. Mit anderen Worten, Deutschlands militärische Pläne würden, bei Licht besehen, eine ausgezeichnete Gelegenheit bieten, alle Pläne einer allgemeinen Abrüstung lahmzulegen. Schon der Bau des deutschen „Taschenpanzerkreuzers“ hat den Rüstungswettbewerb im Osten angekurbelt und hat die Franzosen veranlaßt, einen Kreuzer zu bauen, der die Vorzüge des deutschen übertrumpfte. Es sei daher kein Wahnsinn, anzunehmen, daß die Durchführung der Schleicherschen Pläne ein allgemeines Wettrüsten auslösen würde, selbst zugegeben, daß Deutschlands Forderungen zur Zeit noch bescheiden seien. Diese Bescheidenheit habe ihren Grund nur in der finanziellen Lage Deutschlands.

Dem englischen Berichterstatter machen noch zwei andere Erwägungen zu schaffen. Erstlich, das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch mit Rücksicht auf die deutsche Innenpolitik verfolgt. Es scheint ihm, als wenn Schleicher den Versuch machen will, die deutschen Wehrverbände, den „Stahlhelm“, die Sturmabteilungen der Nazis und sogar das Reichsbanner, unter seine Kontrolle, die Kontrolle des Reichswehrministers, zu bringen und sie so zu einer ihm gehorchenden Truppe umzubilden. Daß der „Stahlhelm“ eine solche Umwandlung sogar anstrebt, scheint ihm ausgemacht zu sein. Die große „Stahlhelm“-Parade vom kommenden Sonntag geht ja bereits unter den Auspizien des Wehrministeriums vor sich.

Was die Nazis betrifft, so würden auch sie reif sein, dem Reichsheer angegliedert zu werden, sobald die radikalsten Elemente der SA beseitigt sein würden.

Mit dem Reichsbanner sei es nicht ganz so einfach. Aber wenn die Führer im Reichsbanner vor die Wahl gestellt würden, entweder die Organisation aufzulösen oder sie in die künftige Reichswehr einzureihen, so würde wahrscheinlich ein Teil der Führer für den zweiten Weg sein, unter dem Vorwand, daß die Arbeiterklasse in der neuen Reichswehr vertreten sein müsse.

Bei einer solchen Duldung auf Seiten der Reichsbannerführer würden natürlich Tausende von Mitgliedern die Organisation verlassen, wie auch sicher viele wirklich radikale Nationalsozialisten das braune Hemd ausziehen würden. Aber damit hätte Schleicher nur erreicht, was er wollte: er hätte die Wehrformationen gebändigt und das eigene Heer reaktionär gemacht. Zugleich wäre es ihm damit gelungen, die feudale Herrschaft zu sichern. Der Offiziersstand wäre wieder der erste Stand im Staat und würde den alten Anspruch erheben, auch in der Regierung in den entscheidenden Stellen mitzusprechen.

Die am tiefsten liegende Absicht Schleichers ist also nach der Meinung des „Manchester Guardian“ keineswegs unmittelbar kriegerischer Natur (die deutsche Regierung weiß sehr wohl, daß sie in naher Zukunft keinen Krieg führen kann), sondern die Festigung der feudalen Reaktion.

Und was wird die Antwort der deutschen Arbeiterschaft sein? Hier sind die Überlegungen eines ausländischen Berichterstatters, der die deutschen Verhältnisse beobachtet, am überraschendsten. Der englische Journalist hält es für möglich — wenn er auch nichts als sicher voraussagen möchte —, daß die Einheitsfront zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern, für die er starke Anzeichen zu sehen glaubt, unter dem Druck dieser Politik einen mächtigen Anstoß erfahren wird und daß dadurch in Deutschland etwas in Erscheinung treten könnte, was heute dort nicht existiert, nämlich eine wirklich revolutionäre Bewegung, die, wenn sie sich ihrer Bedeutung bewußt wird, sich durchsetzen könnte — wenn es sein muß, entgegen den jetzigen sozialdemokratischen und kommunistischen Führern —, und die dann eine zweite deutsche Revolution herbeiführen würde, die weit mehr der russischen Revolution von 1917 als der deutschen von 1918 verwandt sein würde.

Solche Artikel, selbst aus bürgerlicher Feder, zeigen immer wieder, wieviel besser man die Dinge aus einem gewissen Abstand sieht und wie sehr es daher geraten ist, die Verhältnisse im eigenen Land an dem Urteil des Auslandes zu studieren.

Was lehrt Amsterdam?

Nach dem Antikriegskongreß.

M. S. „Ein Kongreß, der versucht, alle gegen den gemeinsamen Feind zu vereinigen...“ — das waren die eindringlichen Worte, mit denen Rolland die Sabotage der II. Internationale verhindern wollte.

Wir sind es uns allen schuldig, festzustellen, daß es ein solcher Kongreß nicht geworden ist. Sowohl das Ansehen, das die Einberufer des Kongresses mit Recht genießen, als auch die Hoffnungen, die sich mit uns viele ernsthafte Kriegsgegner angesichts dieses Kongresses gemacht haben, verpflichten zu vorurteilsloser und öffentlicher Kritik.

Daran kann uns auch nicht die Ueberlegung hindern, daß die Gegner des Kongresses (auch Herr Adler, der seinen Namen zu Unrecht trägt) sich über die Feststellung von Fehlern freuen werden. Abgesehen davon, daß wir diese nicht anders als durch öffentliche Kritik ans Licht des Tages ziehen können, hat die II. Internationale sicher eigene Hochposten dort gehabt. Diese Kritik hat natürlich nur einen Sinn, weil wir annehmen, daß Männer wie Barbusse, Rolland und Einstein verantwortungsvoll genug sind, aus Fehlern zu lernen, statt sich bei deren Erörterung beleidigt zu fühlen.

Leider wurde der Hauptfehler von der Leitung der Delegation der deutschen Kommunisten begangen, die das Heft der Leitung des Kongresses sehr bald in die Hand nahm. Mit den etwas abgewandelten Worten von Barbusse an Adler muß man Münzenberg sagen, daß er den Geist der Vergeßlichkeit aufgab, auf die Propagierung der eigenen Ideologie und Taktik verzichtete und statt dessen das Werk in seiner Ganzheit ins Auge fassen soll. Wenn er das nicht mehr kann, muß man die Genossen sammeln, die dazu noch verständlich genug sind.

Die Fehler lagen allerdings nicht allein bei den Kommunisten. Barbusse war zwar dort, aber er war leidend; Rolland konnte wegen seines Leidens überhaupt nicht am Kongreß teilnehmen. Aber wo waren die anderen Prominenten, die dank ihrer Autorität hätten verhindern können, daß statt einer ordentlichen Arbeit und Beschlußfassung über die Verhinderung von Kriegen endlose Reden über die Gefährlichkeit imperialistischer Kriege gehalten wurden? Die Kommunisten konnten hier nicht ganz zu Unrecht daran erinnern, daß die anderen Mitglieder des Komitees durch Abwesenheit glänzten oder durch einen Brief ihre Teilnahme bezeugten. — Auch die technische Seite des Kongresses hätte besser erledigt werden können, wenn einflußreiche Persönlichkeiten durch eigene Leistungen das Niveau hochgehalten und dadurch das Rein- und Rauslaufen während der Verhandlungen und die lauten Unterhaltungen zwischendurch verhindert hätten.

Wir geben im folgenden die Eindrücke unseres Berichterstatters wieder, dem selbstverständlich die Herstellung der von Rolland angekündigten Einheitsfront besonders am Herzen lag.

G. K. Daß die meisten Redner Organisationen vertraten, die mit der III. Internationale in irgend einer Verbindung stehen, darf uns nicht wundern; denn das Sekretariat der Zweiten Internationale hatte ja vor der Beschickung des Kongresses gewarnt. Daß in den Ausführungen mancher Redner und auch an einigen Stellen des Manifestes unnötige Angriffe gegen die II. Internationale vorkamen, fällt nicht so sehr ins Gewicht, weil diese Angriffe relativ selten und dazu gemäßigt erfolgten. Darüber hinaus war deutlich zu merken, daß man sich bemühte,

die sozialdemokratischen Arbeiter für sich zu gewinnen.

So wurde z. B. die Zahl der Delegierten der II. Internationale vom Präsidium zunächst mit 310, dann mit 360, schließlich in Münzenbergs Hauptrede sogar mit 400 angegeben — allerdings von der Mandatsprüfungskommission später auf 250 reduziert.

Leider aber habe ich nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß diese Bemühungen um die sozialdemokratischen Arbeiter auf anderen Erwägungen beruhten, als auf dem Wunsch, sie ins kommunistische Lager hinüberzuziehen; eine

wirkliche Schaffung der Einheitsfront konnte nicht gelingen, weil nur die Kommunisten einseitig unterstützt wurden: Cachin, der Führer der französischen Kommunisten, durfte mindestens eine halbe Stunde reden, Dumas, der Vertreter des französischen freigewerkschaftlichen Lehrerverbandes (einer größeren Organisation als der KP), wurde nach fünf Minuten von der Leitung unterbrochen und von der Rednertribüne abgedrängt. Die Trotzlisten wurden wiederholt niedergeschrien und mit Hinauswurf aus dem Saale bedroht. Das Niederdrückendste leistete sich die Kongreßleitung bei der Abstimmung über das Manifest. Ehe alle Delegierten im Saale überhaupt verstanden hatten, worum es sich handelte, gab die Mehrheit einiger Ländersektionen durch Handaufheben und Singen zu verstehen, daß sie für das Manifest war: Die Trotzlisten wurden mit Gewalt niedergehalten, die übrigen protestierenden Delegierten niedergeschrien. Die Gegenprobe wurde gar nicht gemacht: Die Zahl derjenigen, die mit dem Manifest nicht einverstanden waren, wurde überhaupt nicht festgestellt. In meiner näheren Umgebung waren nicht einverstanden die Vertreter der französischen Lehrer, der pazifistischen ehemaligen Kriegsteilnehmer und der Französischen Liga für Menschenrechte, unter ihnen zwei französische sozialistische Parlamentsabgeordnete. In der Presse jedoch wird die Nachricht verbreitet, das Manifest sei gegen die Stimmen von „sechs französischen Trotzlisten“ angenommen worden.

Nur wenigen Rednern, die nicht den Standpunkt der Kommunistischen Partei anerkannten, ist es gelungen, durch die Hindernisse einer nicht unparteiischen Geschäftsführung bis zur Rednertribüne vorzudringen und diesen gelang es auch nur, weil sie eine zahlenmäßig starke Organisation hinter sich haben: Noel vom Französischen Freidenkerverband, der ein parteipolitisch streng neutrales Manifest seines Verbandes verlas, Dumas vom freigewerkschaftlichen Verband französischer Lehrer, der betonte, daß sein Verband der Gewerkschaftsinternationale angehöre, sich keineswegs zur Leitung in Opposition befände und auf das Schärfste gegen den Versuch protestiere, statt durch praktische Maßnahmen eine Einheitsfront der Parteien zu schaffen, nur kommunistische Phrasen zum Besten zu geben. Vor allen Dingen aber war auch Patel, der Führer des All-Indischen Kongresses, nicht mit den Vorgängen der Amsterdamer Tagung einverstanden: Der Kongreß habe keine praktischen Vorschläge gemacht, Minderheiten habe er nicht zu Worte kommen lassen, der kolonialen und besonders der indischen Frage habe er nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Patel führte in einer besonderen Erklärung aus, warum er dem Manifest nicht zustimmen könne. Solange der britische Imperialismus nicht zerstört sei, gebe es in der Welt keinen Frieden; wenn man den britischen Imperialismus zerstören wolle, so müsse man für die Befreiung Indiens arbeiten. Solange die kolonialen Völker in Unterdrückung leben, sei die Parole „Nie wieder Krieg“ sinnlos. „Ihr bekämpft jeden Nationalismus, aber wir müssen in Indien zum Kampf des ganzen Volkes gegen die fremden Unterdrücker auffordern. Wir wollen den Klassengegensätzen nicht aus dem Wege gehen: Der Klassenkampf ist auch in Indien unvermeidlich, aber erst müssen die Engländer vertrieben werden. Wir haben nichts gegen die Kommunisten, im All-Indischen Kongreß haben wir mit ihnen eine überparteiliche Einheitsfront gebildet, aber die Kommunisten hier beurteilen die Verhältnisse Indiens nach europäischen Gesichtspunkten. Sie haben keine Vorstellung davon, was in Indien vorgeht. Glaubt nur nicht, daß die unterdrückten kolonialen Völker etwas von diesem Kongreß erwarten. Es ist an Euch, Euch ihres Vertrauens erst würdig zu erweisen.“

Ein kühnes und aufrichtiges Wort, das aber in diesem Kongreß unerhört verhallte. Nicht einmal einen Vorschlag auf Einrichtung eines besonderen Nachrichtenbüros zur Uebermittlung genauen, richtigen Materials über die Vorgänge in

Indien konnte Patel durchbringen. Auf den letzten großen Appell Patels, für die unterdrückten Massen in Indien einzutreten, antwortete ausgerechnet die englische Delegation mit der Mitteilung an den Kongreß, sie teile den Standpunkt des indischen Führers nicht. Patel ist nicht in die internationale Kommission eingetreten, die am Schluß des Kongresses zur Weiterführung der eingeleiteten Aktion bestimmt wurde.

Während ich diese Zeilen schreibe, sitze ich im Zug, der mehrere Hundert Delegierte aus Amsterdam nach Frankreich zurückbringt, ein Zug, der, während er das nächtliche Holland durchreißt, erfüllt ist von dem brausenden Gesang der Internationale und der „Carmagnole“, dem Lied der französischen Revolutionäre von 1789. Die Delegierten sind erfüllt von Begeisterung über die große Tagung — zeitweilig waren über 5000 Menschen im Saale anwesend — die Reden der Führer und die Hofs auf die Weltrevolution klingen in ihnen noch nach.

Man hat sich an Allgemeinheiten gehalten und sich nicht mit den Schwierigkeiten beschäftigt,

die der praktischen Arbeit der Organisation des Massenwillens gegen den Krieg im Wege stehen. Ich spreche mit einigen Arbeitern, die aus dem Textilgebiet von Rouen kommen: Sie klagen darüber, daß es in der Krise fast unmöglich sei, die Arbeiterschaft auch nur zum Widerstand gegen Lohnabbau auf die Beine zu bringen. Wird man sich aus Solidarität mit den englischen Textilarbeitern weigern, englische Aufträge auszuführen? Gar nicht daran zu denken: Als in Nordfrankreich gestreikt wurde, führten die Arbeiter in Rouen (in der Normandie) die Aufträge aus, die aus dem Streikgebiet überwiesen worden waren. Wie sollten sie da gar internationale Solidarität üben? Und die Gewerkschafter aus Rouen nickten traurig mit dem Kopf, wenn man aus diesen Ereignissen den Schluß zieht, daß man also noch sehr sehr weit von einer wirkungsvollen Aktion gegen den Krieg entfernt ist.

Auf dem Kongreß selber aber sprach niemand unter den Rednern von diesen Schwierigkeiten. Wurde nicht in Amsterdam die schöne und ehrliche Begeisterung der Arbeiterdelegierten entfacht und benutzt, um Mangel an praktischen Vorschlägen, Unfähigkeit der Verantwortlichen, Mangel an Bereitschaft zur Herstellung einer wirklichen überparteilichen Einheitsfront oder gar Schlimmeres zu verbergen?

Folgendes muß man aus diesem Kongreß lernen: Es muß bei solchen und ähnlichen Angelegenheiten garantiert werden, daß die Leitung von wirklich einwandfreien, und zwar politisch und moralisch einwandfreien Persönlichkeiten gestellt wird. Die Gründer des Initiativkomitees, die diesen Anforderungen entsprechen, waren leider am Kongreß selber verhindert, ihre moralische Aktivität in die Waagschale zu werfen, sodaß es kleingescheu Reklamefachleuten und Beherrschern kaufmännischer Geschäftspraktiken wieder wie so oft gelang, eine heilige Sache der Arbeiterschaft zu behandeln wie ein Kleinod im Saustall.“

Die Erkenntnis der Fehler ist der halbe Weg zu ihrer Ueberwindung. Der andere, nicht so einfache, ist der Radikalismus der politischen Arbeiterbewegung, wenigstens aus ihrer Leitung, Menschen zu entfernen, die die Veranstaltungen der Arbeiterbewegung mit einem Jahrmarkt verwechseln.

Der mexikanische Präsident Ortiz Rubio hat in einer Kabinettsitzung seinen Rücktritt erklärt. In politischen Kreisen vermutet man, daß der Grund für diesen Schritt in Meinungsverschiedenheiten mit dem früheren Präsidenten Calles zu suchen ist.

Der Aufstand in Quito, der Hauptstadt von Ecuador, ist, wenn man den aus dem Unruheherd stammenden Meldungen dieses Mal trauen kann, endgültig niedergeschlagen, wenn auch mit unglaublich blutigen Opfern. Die Regierungstruppen haben die Stadt wieder besetzt. Der Anführer der Aufständischen, Bonifaz, ist entkommen.

Der Kaiser ging — die Generale blieben.

Copyright by Malik-Verlag 1932

THEODOR PLIVIER.

„Wir haben das Abdankungsultimatum doch schon überreicht?“

„Naja, das hat ja auch eingeschlagen!“

„Gewiß. Ein Stimmungsumschwung zugunsten der Partei ist unbedingt zu verzeichnen. Allerdings ist die Enttäuschung der Arbeiter noch groß. Aber wir werden sie schon noch zurückhalten. Bis morgen wird es noch gehen. Wenn sie doch marschieren, ist es immer noch Zeit.“

„Wir sind für beide Möglichkeiten gerüstet!“

Das sagt nicht Ebert — der Funktionär aus dem „Vorwärts“ erhält von Ebert sogar einen strafenden Blick für seine eigenmächtige Mitteilung. In der „Vorwärts“-druckerei liegen für beide Möglichkeiten Flugblätter, zwei Flugblätter mit verschiedenen Parolen:

„Marschiert...“

„Bleibt in den Betrieben...“

Ebert ist der Wirkung des Abdankungsultimatums und des dadurch hervorgerufenen Stimmungsumschwungs bei den arbeitenden Massen so sicher, daß er sogar dazu übergeht, etwas zurück zu stecken. Er hat einen fertigen Antrag mitgebracht, den er vorlesen läßt:

„Nachdem der Reichskanzler erklärt hat, daß er dem Kaiser das gestern gestellte Ultimatum der Fraktion mitgeteilt hat, wünscht die Fraktion, um die Waffenstillstandsverhandlungen nicht zu gefährden, nicht den Rücktritt des Kanzlers und will selber auch nicht die Konsequenzen des Rücktritts ihrer Mitglieder aus der Regierung ziehen, solange bis der Waffenstillstand geschlossen ist.“

Scheidemann wollte schon vor zwei Tagen aus der Regierung austreten, doch die Fraktion hat ihm diesen Schritt verwehrt. Er springt jetzt nervös von seinem Stuhl auf. Wels und Bauer sehen ihn erwartungsvoll an. Ebert sitzt ohne sich zu rühren und rollt nur die Augen.

Scheidemann setzt sich wieder.

Es meldet sich niemand zum Wort.

Der verlesene Antrag wird angenommen.

Die größte Arbeiterpartei Deutschlands, die in ihrem Programm die Beseitigung des Kapitalismus durch den Sozialismus noch immer nicht gestrichen und sich vier Jahre lang auf die Verantwortung für das Vaterland berufen hat, will die Verantwortung für die Revolution nicht tragen und wartet ab.

Die Initiative bleibt bei den Unabhängigen.

Die treffen sich morgens um 8 Uhr am Schiffbauerdamm in ihrem Parteibüro — Ledebour, Luise Zietz, Dittmann, Däumig und Laukant von den Revolutionären Obleuten, die zugleich zum Vorstand der USP gehören.

Die Obleute wollten bereits am 4. November marschieren, auch Ledebour, der mit anderen Mitgliedern des Parteivorstandes an den letzten Obleutesitzungen teilgenommen hatte, sprach für die sofortige Aktion. Doch die übrigen Parteiführer erklärten die Zeit für verfrüht und schlugen den 7. für die Aktion vor, und auf einer späteren Sitzung erklärten sie, die Vorbereitungen seien noch nicht zu Ende geführt und veranlaßten die Arbeiter wiederum zur Vertagung, diesmal vom 7. auf den 11. November.

Am Morgen des 8. November trafen sie wie gewöhnlich zusammen.

Aber es kam zu keiner Sitzung. Beim Kommen hatten sie verdächtige Gestalten vor dem Hause stehen sehen. Laukant hat einen als Polizeispitzel erkannt. Und so wurde beschlossen, die Sitzung in den Reichstag zu verlegen, in dem die Teilnehmer sich sicherer glaubten.

Laukant verläßt das Haus als erster. Unten angekommen, geht er starr geradeaus, ohne sich umzusehen. Der Greifer steht noch an derselben Stelle am Wasser, ans Geländer gelehnt.

Eine Viertelstunde später hat Laukant den Reichstag erreicht.

Er sucht das Zimmer 18, das Fraktionszimmer der Unabhängigen Partei, auf. Nachdem er die Anwesenden über die Bespitzelung des Parteibüros unterrichtet hat und man noch dabei ist, Vermu-

tungen an diese Tatsache zu knüpfen, kommt Luise Zietz hereingestürzt. Die Türkinke noch in der Hand, platzt sie aufgeregter mit der Nachricht heraus:

„Däumig ist verhaftet!“

„Da haben wir's, das ist der erste!“

„Vor dem Parteilokal, ich kam mit ihm zusammen herunter, wir waren auf dem Wege nach hier,“ erklärte die Zietz.

„Sie haben Wind von den Plänen der Obleute bekommen. Das hängt sicher mit der Verhaftung von diesem Pionierleutnant zusammen, der hat ausgeplaudert!“

„Der hat die Vorbereitungen verraten!“

„Er war nur teilweise eingeweiht!“

„Ich habe Barth aber gleich gewarnt!“

„Sie wollen die Leitung verhaften, das ist klar!“

„Es muß sofort etwas unternommen werden!“

„Wenn doch bloß Haase zurück wäre!“

„Wir können nicht auf Haase warten. Wir können überhaupt nicht mehr warten. Es muß sofort zur Aktion aufgerufen werden. Der Elfte ist viel zu spät!“

„Wir müssen die Obleute zusammenrufen!“

„Barth hat die Adressen, ich werde ihn suchen gehen.“

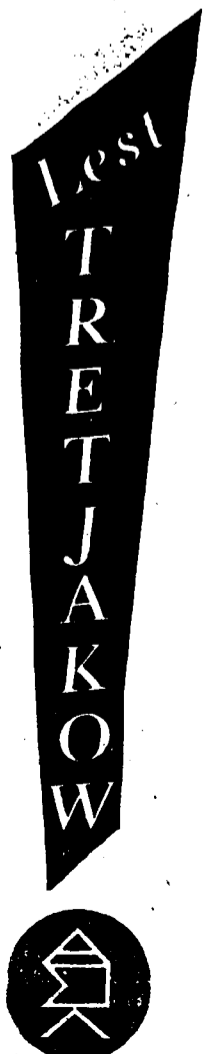
Während die fehlenden Vorstandsmitglieder zusammengephoniert werden, um zu der Verhaftung Stellung zu nehmen, geht Laukant den Vorsitzenden der Obleute suchen. In dem Hackepeterrestaurant in der Chausseestraße, in dem Barth zu essen pflegt, findet er ihn nicht. Laukant sucht weiter — in Arbeiterlokalen, in der Elisabethstraße, bei Schultz, in der Jostystraße im „Musikalischen Fuchs“, in Wohnungen bekannter Genossen.

Stundenlang läuft er umher, ohne Barth zu finden.

„Diese verfluchte Scheiße muß ein Ende nehmen!“

„Wer hat denn das Flugblatt hier angeklebt?“

„Daß die Benzen die Hosen voll haben, wissen wir auch so!“ (Fortsetzung folgt.)



Zollpolitik und Sozialismus.

Zum englischen Gewerkschaftskongreß in Newcastle.

A. F., London, 1. September.

Fast 800 Delegierte englischer Gewerkschaften werden sich am Montag in Newcastle zum Gewerkschaftskongreß versammeln. Die Verantwortung, die auf diesem Kongreß lastet, auf dem 3½ Millionen Arbeiter vertreten sind, wird noch betont durch das Elend, das in Newcastle selber und in den Bergarbeiterdörfern seiner Umgebung herrscht.

Im Jahre 1868 fand, auch in Newcastle, der erste englische Gewerkschaftskongreß statt, zu dem damals nur 100 000 Arbeiter ihre Vertreter geschickt hatten. Heute ist der Kongreß eine Großmacht in der Arbeiterschaft und überhaupt im öffentlichen Leben Englands, und wenn wir ausführlich über ihn berichten, so tun wir es, um deutschen Sozialisten ein Bild zu geben von der Arbeiterbewegung in England.

Für die Taktik, die die englischen Gewerkschaften im weiteren Verlauf der Krise verfolgen werden, ist von entscheidender Bedeutung ihr Wirtschaftsprogramm. Es ist enthalten in den eben erschienenen Berichten des Wirtschaftskomitees, das vor zwei Jahren vom Gewerkschaftskongreß gebildet worden ist.

Wenn man sich durch den ersten Bericht, der über Schutzzölle handelt, hindurchgearbeitet hat, mit seiner Sammlung von Beschreibungen aller erdenklichen Zoll- und Kontingentierungs-Systeme und mit allen Argumenten, die dafür und dagegen hervorgebracht werden oder werden könnten, dann sucht man vergeblich nach dem Urteil des Komitees selber über diese Systeme im allgemeinen und das englische Zollsystem im besonderen.

Ich habe bisher nicht viele Arbeiter getroffen, die sich durch dieses Dokument hindurchgearbeitet hatten; aber von denen, die ich getroffen habe, konnte mir keiner sagen, welches denn nun die Vorschläge des Wirtschaftskomitees sind.

Immerhin werden zwei Ansichten des Komitees aus dem Bericht klar:

Das Komitee verurteilt die Zollpolitik der englischen Regierung nicht.

Obwohl es erklärt, daß kein Grund bestehe, von den englischen Zöllen andere Folgen zu erwarten, als sie in anderen Schutzzöllen eingetroten sind, so kommt es doch zu dem Schluß, daß die Gewerkschaften einige Jahre lang nur beobachten sollten, wozu die Politik der Regierung führen werde. „Die neue (Zoll-)Politik ist eine vollendete Tatsache und ihre Wirkung auf unsere (!) Wirtschaft und die Weltwirtschaft muß abgewartet werden.“

Wenn wir daran denken, wie die nationale Regierung eine Maßnahme nach der anderen ergreift, um den Lebensstandard der Arbeiter auf offene und versteckte Art zu senken, wie die Wirtschaftskrise immer mehr verschärft wird und die Kriegsgefahr durch die Züchtung nationaler Gegensätze erschreckend zunimmt, dann besteht kein Zweifel darüber, daß die englischen Gewerkschaften die Pflicht haben, eine entschiedene Haltung gegenüber der Zollpolitik der Regierung einzunehmen. In der heutigen Lage besitzen einzig und allein die Gewerkschaften die Macht, der Regierung energisch Halt zu gebieten. Daß sie es nicht tun, reicht schon hin zur Verurteilung dieses Berichts.

Aber noch ein anderer Punkt ist von Bedeutung. Der Bericht nimmt Bezug auf zwei frühere Resolutionen des Gewerkschaftskongresses, um zu zeigen, daß die Gewerkschaften in manchen Fällen für Regulierung des Handels sind. Im vergangenen Jahr, zur Zeit des Sturzes der Arbeiterregierung, als der Freihandel in England in den letzten Zügen lag, da beschloß der Kongreß, daß er

„in Übereinstimmung mit der traditionellen Politik der Gewerkschaftsbewegung die augenblickliche Bewegung in der Richtung zur Planwirtschaft in unserem nationalen Leben begrüßt.“

Im Hinblick auf den Ernst der Wirtschaftslage drückt der Kongreß die Ansicht aus, daß nur ein zusammenhängender Plan für unsere wirtschaftliche Entwicklung und eine Regulierung der Handelsbeziehungen die Erfordernisse des Tages befriedigen kann.“

Das Wirtschaftskomitee fügt hinzu:

„Wir glauben, daß die Regulierung des Außenhandels berechtigter Weise ein Teil des zusammenhängenden Planes für unser Wirtschaftssystem sein kann, zu dem der Gewerkschaftskongreß sich bekannt hat.“

... es ist nicht erstaunlich, daß die Gewerkschaftsbewegung seit langem sozialistisch geworden ist, da ja der Kern des Sozialismus gerade diese planmäßige Entwicklung der ganzen Wirtschaft ist.“

Das Wirtschaftskomitee ist also der Ansicht, daß irgend eine Art der Regulierung des Außenhandels als Annäherung an die Planwirtschaft, also in den Sozialismus, zu begründen wäre. Auch Zölle und Kontingente erscheinen ihnen unter

Der Knebel für die linke Presse.

Die sozialdemokratische „Volksstimme“ in Frankfurt-Main ist für die Zeit vom 3. bis zum 5. September verboten worden, weil sie den Artikel des „Vorwärts“ abgedruckt hatte, in dem P a p e n s Programm als das des Verfassungsverstoßes bezeichnet wurde.

Die kommunistischen Tageszeitungen „Volksecho“ und „Volkswacht“ sind für je 14 Tage verboten worden, weil sie der Reichsregierung vorgeworfen haben, sie betrachte die Vorbereitung und Durchführung der faschistischen Diktatur als ihre Aufgabe.

„Die Fahne des Kommunismus“, eine periodische Druckschrift der kommunistischen Opposition ist wegen eines Artikels: „Sondergerichte“ bis zum 30. November verboten worden.

Der „Volkswille“, das in Berlin erscheinende Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), wurde wegen eines Artikels „Sondergerichte“ bis 30. November verboten.

Der „Kampfruf“ (Kommunistische Arbeiter-Union) ist bis zum 28. September verboten worden. Gleichzeitig wurde der Redaktion des „Kampfruf“ verboten, den Lesern mitzuteilen, wegen welcher Sätze des beanstandeten Aufsatzes das Verbot erfolgt ist.

diesem Gesichtspunkt berechtigt. Das Ideal der Regulierung des Außenhandels ist dabei natürlich auch für die englischen Gewerkschaften das staatliche Außenhandelsmonopol.

Der zweite Bericht des Komitees beschäftigt sich damit, wie einzelne Produktionszweige heute unter die Kontrolle der Allgemeinheit (lies: der kapitalistischen Regierung) gebracht werden können, wie also das Ideal der Planwirtschaft in der Industrie verwirklicht werden soll.

Wir wollen hier nicht besprechen, ob Planwirtschaft die beste Form sozialistischer Wirtschaft ist; unsere Antwort auf diese Frage ist ja auch im „Funken“ schon oftmals dargelegt worden. Aber selbst Menschen, die der Ansicht sind, daß in einem sozialistischen Staat unter einer sozialistischen Regierung Planwirtschaft herrschen soll, müssen doch einsehen, daß

Tariffkündigung bei den Bauschlossern.

Der Schutzverband Berliner Schlossereien hat den Lohn- und Manteltarifvertrag für die Bau- und Geldschrankschlosser zum 30. September gekündigt. Obwohl keine Kündigungsgründe angegeben und von den Unternehmern auch noch keine Forderungen mitgeteilt worden sind, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Schlossermeister eine „Tarifflockerung“ bezwecken. Erst im Juni wurde nach vierwöchigem Streik der jetzt gekündigte Tarif abgeschlossen und der Tarifstundenlohn von 1,22 auf 1,16 Mark herabgesetzt.

Rückgang der Hib-Aktion der Nazis.

Bei der Wahl des Betriebs- und Arbeiterrats in den Etha-Werken in Britz im März dieses Jahres hatten die Nazis 107 Stimmen bekommen, die freien Gewerkschaften 301 Stimmen. Die Nazis fochten die Wahl an. Das Arbeitsgericht erklärte sie für ungültig, weil die Nazis selber unzulässige Wahlpropaganda im Wahlraum und Wahlschnüffelei begangen hatten.

Bei der Neuwahl blieben den Nazis jetzt 73 Stimmen, die Gewerkschaften bekamen 309 Stimmen. Sie gewinnen ein Mandat, das die Nazis von ihren zwei verloren.

Die „revolutionären“ Nazis.

Im Preußischen Landtag hat die nationalsozialistische Fraktion einen Antrag eingebracht, wonach das Staatsministerium beauftragt werden soll, die Reichsregierung zu veranlassen, auf die Deutsche Reichsbahngesellschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzuwirken, daß alle vorgesehenen Kündigungen rückgängig gemacht werden. Alle Leistungszulagen für die höheren Dienststellen sollen solange in Wegfall kommen, wie bei der Deutschen Reichsbahn Arbeitsmangel herrscht. Die dadurch ersparten Gelder sollen für die Beschäftigung der Arbeiter verwendet werden.

Was werden die Herren Geldgeber dazu sagen?

1800 auf die Straße?

Der Regierungspräsident von Hildesheim hat die Genehmigung zur Stilllegung der Hieser Hütte für den 3. September erteilt. Man hofft, daß die Betriebe, je eher sie jetzt teilweise schließen, um so eher wieder voll in Gang gesetzt werden können. Von der Stilllegung werden 1800 Arbeitnehmer betroffen.

Fünf Jahre Kampf gegen Feriengeld-Betrug.

Im Frühjahr 1927 meldete die Firma W. Naumann, Holzbearbeitungsfabrik in Köthen, den Konkurs an. Der Konkursverwalter ließ einige besonders ausgesuchte Arbeiter unter der Leitung eines Mitgliedes der Familie Naumann weiterarbeiten. Das Bestreben der Naumanns ging nun vor allem

es nicht „ein Stück Sozialismus“ ist, wenn eine kapitalistische Regierung Zölle einführt, die den Kapitalisten dazu verhelfen, die Arbeiter als Konsumenten mehr als bisher auszubeuten. Um das festzustellen, braucht man auch nicht so einen langen Bericht, wie ihn das Wirtschaftskomitee angefertigt hat.

Was aber die Arbeiter heute brauchen und was ihnen das Wirtschaftskomitee nicht vorgelegt hat, das ist ein Krisenprogramm, ein Programm zur Hebung der Massenkaufkraft. Ebenso wenig, wie das Komitee Zeit gefunden hat, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, wird sich der Gewerkschaftskongreß in Newcastle damit abgeben; denn auch er wird seine Zeit hergeben für Diskussionen über die Frage, welche englischen Industrien wohl heute zur Sozialisierung reif sein mögen!

Daß die Kampfkraft der englischen Arbeiterschaft im kommenden Jahr für die Milderung der schwer auf der Arbeiterschaft lastenden Wirtschaftskrise eingesetzt werden wird, ist also nicht zu erwarten.

dahin, etwa 75 entlassene Kollegen um das Feriengeld von insgesamt 3027,65 Mark zu prellen. Trotzdem diese Lohnforderung vom Konkursgericht als bevorrechtigt anerkannt war, verstand der Konkursverwalter es immer wieder, die Zahlung dieses Betrages zu hintertreiben. Schließlich gelang es den Bemühungen des Holzarbeiter-Verbandes, daß am 20. Dezember 1929 wenigstens 30 Prozent des Betrages zur Aufzahlung kamen. Dann war wieder eine ganze Zeitlang nichts zu machen, da der Konkursverwalter den Konkursabschluß immer wieder hinausschob. Die alten Firmeninhaber brachten das Werk nach und nach wieder ganz in ihren Besitz, das Konkursverfahren lief daneben aber ruhig weiter. Die Kollegen machten ihre Forderungen aber immer wieder geltend, und jetzt, nach fünf Jahren, ist es auch endlich gelungen, den restlichen Betrag von reichlich 2000 Mark zu erhalten. Diesen Erfolg verdanken die Beteiligten dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Im Reichswirtschaftsrat wurde an Stelle des verstorbenen Redakteurs der „Gewerkschaftszeitung“, Paul Umbreit, das Mitglied des Bundesvorstandes des ADGB, Splieth, zum Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses gewählt.

Eine schauerhafte Metzerei veranstalteten Einbrecher auf einem Gasthof in Nordick bei Bochum. Sie ermordeten den Bauern Suthof, seine Frau und das Dienstmädchen. Alle drei wiesen viele Stiche in Herz und Hals auf, dem Manne war der Bauch aufgeschlitzt, die Frau ist nach ihren schweren Stichverletzungen schließlich durch einen Schuß getötet worden. Die Täter sind bisher nicht ermittelt worden.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 5. September, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: „Arbeiter-Regierung statt Regierung der Arbeiter.“

Braunschweig: Dienstag, 6. September, 20.15 Uhr, Lesehalle, Hintern Brüderstr. Thema: „Der Klassenkampf der Regierung Papen.“

Erfurt: Sonnabend, 10. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße, Hintergebäude. Thema: Die politische Lage nach dem Burgfrieden.

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Erstklassige Maßarbeit

Herrn - Anzüge, Mäntel
Damen - Mäntel, Kostüme

Tadelloser Sitz

Schönheit

MAGDEBURG
O.v. Querfurterstr.
104, H.F. I.

Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Reichenstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorbest. d. Infobrosch. 5% Rabatt!

Anfertigung eleganter Damengarderobe

und Reformkleidung

J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Freunde und Leser des „Funken“!

Unterstützt EURO Zeitung!

Wert Abonnent! Sammelt Anzahlung! Überzeugt bei Einzelnen unsere Intention!

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski
Buchdruckerei und Verlag, GmbH
Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer P 1 Moritzplatz 6471



Zum frischen Obst

schmecken rohe Gebirgs-Haferflocken vorzüglich.

1 Post-Paket (9 Pfund) nur 8,80 RM ab hier.

Vorauszahlung auf Postcheck-Konto Magdeburg 17924 erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Querfurterstr. 104.

Der Bracht'sche Sittlichkeitserlaß

zeigt den jetzt offen hervortretenden Vorstoß der Kulturreaktion.

Rüstzeug zum Kampf gegen die Kulturreaktion

bilden die Schriften:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben vom Sozialistisch-dissidentischen Lehrerkampf-Bund. 32 Seiten. 0,50 M

„Eine Kampfschrift gegen Kirche und Konkordat... und Material zu Kulturkampffragen.“
„Sonntagszeitung“, vom 20. Januar 1929.

Leonard Nelson: Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit.

18 Seiten. 0,20 M

„Die proletarische Jugend darf sich den politischen Willen nicht lähmen lassen durch vorläufiges Streben nach höheren Bildungsgütern, die sie verführen, sich am Ziel zu wägen.“
(Aus dem Inhalt.)

Upton Sinclair: Religion und Profit. 182 Seiten. Broschiert 2,- M

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a
Postcheckkonto: Berlin Nummer 31342

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.

Ab 30. August: Die berühmten 3 Komiker

Charlie Chaplin
Buster Keaton
Harold Lloyd

Charlie arbeitet
Casanova wider Willen

Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Papens Generalangriff.

Es scheint, daß in diesem Monat die Gewerkschaften vor die Frage gestellt sein werden, ob sie einen Generalangriff auf alles, dessen Verteidigung ihr Programm ist, abwehren oder ob sie kapitulieren wollen. Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ hat nämlich das Programm eines solchen Generalangriffs aus den Büros der Ministerien an die Öffentlichkeit gezogen. Es hat die Form eines Notverordnungsentwurfs und lautet:

„Die Reichsregierung wird ermächtigt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen, zur Vereinfachung und Verbilligung von sozialen Einrichtungen und zur Erhaltung und Vermehrung von Arbeitsgelegenheit

1. die Vorschriften über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Unfalls, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit und Invalidität zu ändern. Die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung. Die Ermächtigung gilt entsprechend für die Ersatzversicherung;
2. die Vorschriften über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden (Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen § 2) zu ändern und Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden zu treffen;
3. die Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung, des Arbeitsvertrages und der Arbeitsgerichtsbarkeit, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeiterschutzes zu ändern und einheitlich zusammenzufassen. Dabei sind insbesondere auch Änderungen der behördlichen Einrichtungen und eine andere Verteilung der Aufgaben unter die Behörden zulässig;
4. auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes die Maßnahmen zu treffen, die der Reichsregierung erforderlich scheinen und dabei Gesetzesvorschriften, die den bezeichneten Gebieten angehören, zu ändern, auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlicher Körperschaften sicherzustellen. Sie kann ferner Vorschriften auf dem Gebiete des Mietrechtes und des Wohnungswesens erlassen und auf dem Gebiete des Bauwesens Grundsätze für die Bereitstellung und Verwendung des Bodens aufstellen und zu diesem Zweck Vorschriften über Enteignung treffen.“

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ übersetzt kurz, aber erschöpfend: „Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu tun, was sie will.“

Die Reichsregierung hat diese Veröffentlichung „richtiggestellt“ und erklären lassen: es handele sich um einen „Vorwurf“, der „in der vorliegenden Form längst fallen gelassen worden sei“. Durch diese Richtigstellung wird bestätigt, daß derartige Pläne die Regierung beschäftigen, daß sie zur Ausarbeitung dieses ernsthaft erwogenen Entwurfs vorgedrungen sind; andererseits wird nicht bestritten, daß die Regierung nach wie vor im wesentlichen dieselben Pläne weiterverfolgt, daß sie nur eine andere Form erhalten sollen.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ schreibt dazu: „Es ist . . . zu erwarten, daß die deutsche Arbeiterschaft geschlossen gegen die Sozialreaktion mobilisiert wird und die Arbeiterorganisationen in geschlossener Front gegen die ungeheuerlichen Pläne Sturm laufen.“

Hier handelt es sich in der Tat um einen auf der ganzen Linie vorgehenden Angriff auf alle die Arbeiterrechte, deren Verteidigung gerade die Gewerkschaften sich zur Aufgabe gemacht haben. Diese Pläne der Regierung stehen wohl auch im Zusammenhang mit den zum 30. September ausgesprochenen Tarifkündigungen. Hier verlangt also nicht die Ausflucht, die am 20. Juli auf Rückständige noch Eindruck machen konnte: diesen Angriff abzuwehren, sei Sache der Parteien und der parlamentarischen „Aktion“.

„Es ist zu erwarten . . .“ schrieb der „Sozialdemokratische Pressedienst! Ein Chemnitzer Delegierter sagte auf dem Metallarbeiterverband, daß in Chemnitz die „frei organisierte Arbeiterschaft am 20. Juli eine einzige Quelle gewesen sei“. Auf die Vorbereitung also kommt es an! Jetzt muß getrommelt werden: in Gewerkschaftsversammlungen, in machtvollen öffentlichen Kundgebungen, einer nach der anderen, Kundgebungen, die Herrn von Papen und seinen Hintermännern in die Knochen fahren! Es ist keine Zeit zu verlieren: Ende des Monats wird der Kampf gegen den signalisierten Lohnabbau zu führen sein.



Es hat keinen Zweck, für die Inangsetzung solcher Protestaktionen auf die Führer zu warten. Aus den Reden von Brandes auf dem Metallarbeiter-Verbandstag muß man schließen, daß er es in der jetzigen Zeit nicht für möglich hält, den Lohnabbau zu verhindern, sondern daß er die Rolle der Gewerkschaften darauf beschränkt, ihn zu erschweren. Man sieht im Hintergrunde bei den Führern — wenigstens bei einem nicht kleinen Teil von ihnen — die Furcht, die energische Abwehraktion der Arbeiterschaft könnte bei der heutigen Erregung zu einem „als Revolution bezeichneten politischen Gewaltakt“ führen.

Diese Führer werden also gewiß nicht von sich aus die Initiative aufbringen zur Einleitung eines Kampfes gegen den Generalangriff der Reaktion. Hier kann nur das rastlose Bemühen jedes einzelnen Genossen und Kollegen helfen, die Stimmung unter der Arbeiterschaft durch eine aufklärende und anspornende Tätigkeit dahin zu bringen, daß der Wunsch der Kollegen, gegen die Vergewaltigung durch die Reaktion energisch zu kämpfen, von der Bürokratie nicht mehr einfach ignoriert werden kann.

Der Reichsbannermann Rothe.

Ein Opfer der Sondergerichtspraxis.

Max Rothe, der vor einigen Tagen vom Berliner Sondergericht zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist am Freitag

in den Hungerstreik getreten.

Er behauptet nach wie vor, an den ihm zur Last gelegten Taten unschuldig zu sein.

Die Verurteilung wegen versuchten Totschlages, schweren Landfriedensbruchs und unbefugten Führens einer Schußwaffe war auf Grund von Aussagen der nationalsozialistischen Belastungszeugen geschehen. Der Hauptbelastungszeuge, SA-Führer Gentz, hatte, wie ein Zeuge vor Gericht aussagte, in einer Mittagspause den noch nicht vernommenen SA-Zeugen auf dem Korridor des Gerichts Anweisungen gegeben, daß dieser dies, jener jenes gesehen haben müsse. Rotheres Schlußwort am Mittwoch lautete:

„Ich habe mit dem SA-Führer Gentz einmal einen Zusammenstoß gehabt. Darum das Ganze! Er hat es mir ja angedroht: Mir soll eins ausgewischt werden, ich soll fertig gemacht werden. Das soll jetzt geschehen. Ich habe jeden Streit mit ihm vermieden, sonst hätte ich ihn nicht vorher, wie er mir mein Abzeichen abreißen wollte, laufen lassen. Wenn ich ein Raufbruder wäre, so hätte ich ihn mir dort vorgeknöpft. Ich habe nicht geschossen, weil ich nicht schießen konnte. Denn ich habe keine Waffe. Ich bin unschuldig, ich bitte um Freispruch.“

Sein Hungerstreik ist eine mutige Tat. Er wird es schwerer haben, sich dabei durchzusetzen als seiner Zeit Frau Kienle, damals handelte es sich um eine Akademikerin, heute um einen Bauklemmer; ferner waren in Frau Kienles Tätigkeit nicht nur Proletarier verwickelt — und schließlich sind die Methoden des Klassenkampfes inzwischen brutaler geworden — auf Seiten des Gegners. Rothe gehört einer großen Organisation an, die mit ihm das ungeheuerliche Urteil für ein Unrecht hält. Wird sie etwas dagegen tun?

Schwarz-weiß-rot gegen Schwarz-braun.

Wa-Iz. Die Verhandlungen zwischen Nazis und Zentrum gehen weiter ernsthaft voran. Aus Zentrumskreisen wird behauptet, daß man sich bereits darüber verständigt habe, in Preußen in Zukunft nur noch vier Minister zu behalten, als Ministerpräsidenten einen „Neutralen“ zu nehmen, etwa Herrn Goerdeler oder Herrn Bracht, und den Nationalsozialisten das Ministerium des Innern und der Justiz zuzubilligen.

Ob wirklich das Zentrum so erhebliche Machtbefugnisse in die Hände der Nazis übergeben wird, ist natürlich noch nicht sicher, obgleich man damit rechnen muß, daß das Zentrum unter allen Umständen die Koalition durchsetzen will. Auch die Nationalsozialisten sind daran sicher erheblich interessiert; denn es mehren sich die Anzeichen, daß die Schleicher-Papen-Gruppe sich auch eine parlamentarische Unterstützung sichern möchte, und zwar wesentlich weniger beeinflusst durch die Nationalsozialisten, als das bisher der Fall war. Eine württembergische Zentrumszeitung weiß sogar über die Pläne einer neuen Parteigründung zu berichten. In der Zeitung wird u. a. ausgeführt:

„Man weiß, daß Bestrebungen im Gange sind, eine neue Partei zu gründen. Dieses neue Gebilde soll alle die zusammenfassen, welche sich in konservativer Gesinnung und in der Anerkennung der Grundsätze autoritärer Staatsführung, die das Kabinett von Papen verkündigt und durchzuführen sucht, einig wissen. Vor allem glaubt man die Kreise des „Stahlhelm“ und anderer Verbände für die Neugründung gewinnen zu können. In den Kreisen der Deutschen nationalen ist man geteilter Meinung, ob man diese Pläne unterstützen oder ablehnen soll. Was für einen Namen man wählen wird, wissen wir nicht. Eine ganz ausgesprochene Regierungspartei wäre sie auf jeden Fall. Im Lichte dieser Bestrebungen gewinnt natürlich der entschiedene Wille der Reichsregierung, den Reichstag aufzulösen, eine besondere

Bedeutung. Die neue Partei könnte nämlich im Falle eines ihr günstigen Wahlausganges eine starke parlamentarische Stütze für das Kabinett werden.“

Besonders wichtig erscheint hier die Bemerkung über die Rolle, die dem „Stahlhelm“ bei der neuen Partei zugedacht wird. Der „Stahlhelm“ entspricht in der Tat dem Denken und Wollen der Reichsregierung und auch Hindenburgs weit mehr als die nationalsozialistischen Knüttelgardes. Wenn auch bei diesen Prinz Auwi Platz gefunden hat, so genügt doch die Gästeliste des „Stahlhelm“-Tages, der gerade jetzt in Berlin tagt, anzusehen, um zu erkennen, daß die führenden Leute der ehemaligen Fürstlichkeiten, des Militärs und der hohen Bürokratie auf Seiten des „Stahlhelms“ stehen. Aus den Reden, die anlässlich der „Stahlhelm“-Kundgebung gehalten worden sind, und die sich im allgemeinen, da überall von Gott die Rede ist, mit dem Gott, der Eisen wachsen ließ, beschäftigen und ihm nachträglich, nachdem er das Eisen hatte wachsen lassen, einen Hammer in die Hand gaben, den der „Stahlhelm“ darstellte, ist besonders wichtig eine Äußerung des Landesführers Stephanl, der des besonderen Umstandes gedachte, „daß Reichsregierung und Preußenregierung sich zum ersten Mal offiziell an dem Bundestag des „Stahlhelm“ beteiligen.“

Sicher ist die Unterstützung einer neuen Partei durch den „Stahlhelm“ etwas wert. Es fragt sich allerdings, ob sie geeignet ist, für Herrn Papen eine parlamentarische Mehrheit zusammenzuschustern, was wir nicht glauben. Wenn aber die sicher gut genährten und finanziell gut situierten „Stahlhelm“-Truppen auf Seiten der Regierung Papen stehen, und wenn man dazu die hinter Herrn von Schleicher stehende ähnlich gekleidete Truppe rechnet, dann kann es eine Regierung schon aushalten, auch wenn sie parlamentarisch in der Minderheit ist. Zum Glück für sie gibt es ja für den Artikel 48 noch keine Ausführungsbestimmungen, und bei der Auslegung umstrittener Verfassungsparagraphen hat immer der „Recht“, der die Macht hat.

Leonhard Frank.

Zum 4. September 1932.

Leonhard Frank ist ein Einzelgänger; er ist es immer gewesen. Sein Problem ist dieses: Ich bin verantwortlich für mein Leben; ich darf den Weg nicht verlassen, den mir mein Inneres vorschreibt. Die Verantwortung für das, was ich tue, kann mir niemand abnehmen.

Es ist für den Dichter, der aus dem katholischen Würzburg stammt, nicht leicht gewesen, diesen seinen Weg zu finden. Gerade das wollte ja die Schule, die Kirche — damals wie heute: dem Einzelnen die Verantwortung abnehmen, ihn zu einem unfreien Menschen, zu einem Nachbeter machen. Der Kampf darum, nicht zu lügen, „etwas zu werden“, etwas Eigenes, Ganzes, erfüllt das erste Buch Franks, die „Räuberbande“. Aus einer heiteren Jungengeschichte entwickelt der Dichter den Roman des einsamen Künstlers, der an der Umwelt zu zerbrechen droht und dann, sterbend, über sie siegt: „Es gibt nur zweierlei — lügen wie die andern: sein wie sie; oder ihre Verachtung verachten: einsam sein.“

Das Buch erschien im Jahre 1914; der Dichter erhielt dafür den Fontane-Preis. Die Preisrichter hatten recht: Das Buch ist gut geschrieben, in einem knappen, klaren Stil; man merkt, daß an jeder Zeile gearbeitet wurde. Aber wichtiger an dem Buch ist uns die Gesinnung, die daraus spricht; der Kampf gegen die „Erziehung zum Knechtsgeist“.

Dieser Kampf ist das Thema auch des zweiten Buches von Frank. Die „Ursache“ zeigt, wie ein empfindsamer Mensch an der Erziehung zerbricht. Zu spät merkt er, wer ihm das Rückgrat zerbrochen hat: die Schule, die „allen die Sehne der Kraft durchschnitten hat“, er kann sich nicht mehr aufrichten, kann nur noch, in einer Aufwallung des Zornes seinen Lehrer töten. Der Schluß des Buches, die Hinrichtung, ist eine erschütternde Anklage gegen die Todesstrafe.

Frank will nicht nur erzählen, er will wirken. Er war der erste deutsche Dichter, der gegen den Krieg protestierte. Zu einer Zeit, als noch niemand sonst den Mut zur Wahrheit fand, als Gerhard Hauptmann, Emil Ludwig und all die anderen noch Kriegsgedichte verfaßten, erscheint „Der Mensch ist gut“. Frank hatte den Weg von sich weg zur Gemeinschaft gefunden; er kämpft für die Menschheit. Das Buch ist heute so aktuell wie damals; es zeigt uns den Krieg: einen grausigen Totentanz, eine aufwühlende Anklage; es zeigt seine Quellen, den Untertanengeist, den Militarismus. Frank glaubt an den Menschen, daran, daß er gut sein kann — obwohl ihn der Krieg in seiner ganzen Verkommenheit zeigt. Die Anklage trifft jeden Einzelnen: Die Gesellschaft, die Erziehung hat dich zum Mörder gemacht, gewiß, aber du hast dich dazu machen lassen! Du bist verantwortlich für dein Tun! Sorge dafür, daß dies der letzte Krieg gewesen ist!

Dem Antikriegsbuch von 1917 folgt 1924 der Aufruf zum Sozialismus: „Der Bürger.“ Es zeigt die moralische Verkommenheit der bürgerlichen Gesellschaft und gibt uns ein Ziel, um das wir kämpfen sollen.

Jürgen Kolbenreiter und Katharina Lenz verlassen das bürgerliche Lager und stellen sich an die Seite des Proletariats. Aber während das Mädchen mit aller Entschiedenheit und Beharrlichkeit seine Kräfte für die gerechte Sache einsetzt, sinkt der Mann nach einiger Zeit ins Bürgertum zurück. Aber der Versuch, ein Bourgeois zu werden, wie die andern, mißlingt. Kolbenreiter ist ein halber Mensch, ein Zerbrochener. Er geht nicht den geraden Weg zum Ziel; aber er sieht, er zeigt den Weg — und zuletzt findet er ihn wieder. Kolbenreiters Kampf ist Franks Kampf. Der Wille zum Recht kämpft mit der Neigung, sich anzupassen, nachzugeben; der dichtende kämpft mit dem fordernden; dem politischen Menschen in Frank. Der Politiker unterliegt.

Frank ist Dichter; es drängt ihn dazu, zu gestalten, wie er die Welt sieht, zu zeigen, wie es in seiner Seele aussieht

— das ist seine Stärke und seine Schwäche. Die Bücher, die auf den „Bürger“ folgen, geben dem politischen Menschen nichts Neues. Das Ziel ist klar; zu sagen ist nichts mehr dazu. Zeigt Frank, wie wir es erreichen können, weist er uns neue Aufgaben? Nein. Der Dichter, der in einigen Büchern hinter den Agitator zurückgetreten war, tritt wieder hervor. Vielleicht hat er die Partei nicht gefunden, für die er sich hätte einsetzen mögen. Er blieb Dichter. Er schrieb „Karl und Anna“, ein Heimkehrerschicksal im proletarischen Berlin, bei aller Sachlichkeit bis ins Innerste erschütternd, bei aller Härte doch von der tiefen Schönheit einer reinen Dichtung. Er gab in dem Novellenband „Im letzten Wagen“ auf wenigen Seiten einen Querschnitt durch die heutige Zeit. Das „Ochsenfurter Männerquartett“ brachte die Fortsetzung der „Räuberbande“ in den Jahren der Inflation. Mit denselben knappen, sparsamen Mitteln wie in jenem ersten Buch zeichnet er seine fränkische Heimat und gibt doch soviel von der Atmosphäre, von den Menschen, von der Zeit um 1923 herum, daß wir das Buch bereichert aus der Hand legen. 1931 erscheint „Von drei Millionen drei“. Das Buch schildert das Schicksal von drei Arbeitslosen, ihren Weg durch Europa und Amerika, voller Hoffnung erst, und dann ihre Rückkehr in die Heimat, grau und grau, in einem trostlosen Einerlei. Der Humor wird zur Skepsis, die Skepsis zur Resignation: „Es ist schon alles egal!“ Frank resigniert.

Es gibt ein Wort von dem Franzosen Alfred de Vigny: „Ein schönes Leben ist ein im reifen Alter verwirklichter Jugendgedanke.“ Wir wünschen Leonhard Frank, daß er den Weg zu seiner Jugend zurückfindet, daß er den Weg zu Ende geht, den er damals begann, in innerer Wahrhaftigkeit, ohne Kompromiß, ohne Resignation: dem Menschen zu dienen, immer wieder das Ziel zu zeigen: daß der Mensch sich nicht knechten lassen soll; daß er dem Recht zur Herrschaft verhelfen soll. Kirche, Krieg, Kapital — Empörung gegen sie zu sein, ist heute die Aufgabe des Dichters.

Albert Steen.

Finnland, ein Land der Genossenschaften.

Um im Anschluß an unseren ausführlichen Aufsatz Nr. 201 des „Funken“ ein möglichst anschauliches Bild der Leistungen der finnischen Genossenschaften zu zeichnen, wollen wir noch einige bemerkenswerte Einzelheiten anführen.

Die landwirtschaftliche Großeinkaufsgesellschaft SOK.

Die SOK ist diejenige Zentralgenossenschaft, in der das Land die Mehrzahl der Mitglieder stellt. 1930 umfaßte der Verband 423 Vereine mit insgesamt 225 367 Mitgliedern; er unterhielt 2191 Verteilungsstellen mit einem Gesamtumsatz von 1739 Millionen Finnennark (damals etwa 174 Millionen deutsche Mark). Eine

systematische Konzentrationsarbeit

zielt darauf hin, möglichst wenige, dafür aber umso leistungsfähigere Vereine zu schaffen, die von einem günstigen Verkehrszentrum aus möglichst mehrere Orte versorgen. Aus diesem Grunde werden immer wieder mehrere Vereine zu einem zusammengezogen, so daß die Zahl der im Verband zusammengeschlossenen Vereine sinkt, während gleichzeitig die Mitgliederzahl dauernd steigt.

Die Verteilungsstellen führen sämtliche Gegenstände des täglichen Bedarfs des Landwirts. Neben Kolonialwaren und Lebensmitteln findet man in ihnen Stoffe und fertige Kleider, landwirtschaftliche Bedarfsgüter, wie Maschinerie, künstlichen Dünger, Futtermittel, Eisenwaren u. s. w. Sogar Fahrräder, Motorräder, Automobile und Traktoren kann man in den ländlichen Konsumvereinen erwerben, Artikel die man in anderen Ländern kaum in Konsumvereinsläden auf dem Lande finden dürfte. Ueberhaupt zeichnet sich das finnische Genossenschaftswesen dadurch aus, daß

auch die bäuerliche Bevölkerung ihren Bedarf fast ausschließlich in eigenen Konsumgenossenschaften deckt, und der früher auch in Finnland überall zwischengeschaltete Zwischenhandel wegfällt.

Die Vereine sind nicht bestrebt, ihren Mitgliedern möglichst hohe Rückvergütungen zu zahlen. Viele zahlen grundsätzlich keine Rückvergütung und, soweit sie bezahlt wird, beträgt sie in der Regel nur 1—2 Prozent vom Umsatz. Die Ueberschüsse werden zur Neubildung von Kapital verwandt; die Rücklagen für Zeiten schlechter Wirtschaftslage oder unvorhersehbarer Verluste werden erhöht, um auf diese Weise die Sicherheit der Genossenschaften zu befestigen. In der Nachkriegszeit haben die Verbände alle Schwierigkeiten ohne Zusammenbrüche überstanden! Damit sind mancho Mißstände, die andernorts mit dem Rückvergütungswesen verbunden sind, von vornherein ausgeschlossen.

Die Geschäftsanteile sind äußerst niedrig. Der durchschnittliche Geschäftsanteil pro Mitglied betrug 1930 nur 41 Finnennark (damals 4,10 deutsche Mark). Das benötigte fremde Kapital wird zum Teil aus Sparkassenguthaben und Anleihen der Mitglieder und aus Krediten verwandter Institute genommen. Die meisten dieser Kredite werden langfristig gegeben.

Der Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist naturgemäß eine Hauptaufgabe der in der SOK zusammengeschlossenen ländlichen Vereine. In Frage kommen Getreide, Heu, Butter, Fleisch und Gemüse, Eier (die zum Teil auch für die Ausfuhr bestimmt sind; in den Berliner Konsumläden werden zum Beispiel auch finnische Eier verkauft). Einige größere Vereine haben eigene moderne Getreidesilos, um das zum Verkauf bestimmte Getreide der Mitglieder zu sammeln, zu reinigen und zum Verkauf bereit zu halten.

Die SOK hat sich ferner zu Ziel gesetzt, die für viele Bauern verhängnisvoll gewordene *Borgwirtschafft* auszumerzen. Deshalb gewähren die Vereine meist grundsätzlich keinen Kredit, und die Großeinkaufsgesellschaft verlangt von den Vereinen Barzahlung innerhalb von 14 Tagen. Soweit landwirtschaftliche Betriebskredite benötigt werden, sollen die Mitglieder sie bei den genossenschaftlichen Kreditkassen aufnehmen.

Eine nachahmenswerte Einrichtung hat die SOK noch getroffen: die angeschlossenen Vereine senden der Kreditabteilung der Zentrale monatlich ihre Bilanzen ein; diese kann so die Entwicklung der Vereine genau verfolgen und sie in allen geschäftlichen Fragen beraten.

Die Zentralgenossenschaft ist bestrebt, soweit angängig, ihre Verkaufartikel selber zu erzeugen. 1930 betrug die Eigenproduktion 12,3 Prozent des Umsatzes. Die SOK betreibt eine eigene Bürstenfabrik, eine Konfektionswerkstatt, eine Fruchtsaftpresserei, eine Gewürzpackerei und eine eigene Kaffee Rösterie, sowie eine Zichorienfabrik. In den letztvergangenen Jahren kamen dazu: eine Montagewerkstatt für Fahrräder, eine Schreibmaschinenreparaturwerkstatt, eine Trikotagenfabrik, eine Zündholzfabrik, eine Margarinefabrik, eine Schokoladenfabrik, ein Sägewerk und eine Schreinerei, eine Tütenfabrik und verschiedene Mühlen.

Großeinkaufsgesellschaft OTK und Verband KK.

Die Lage der OTK ist ähnlich wie die der OSK, nur daß hier das städtische Element vorherrscht und daher der Geschäftsbereich mehr auf städtische Verhältnisse zugeschnitten ist. 1930 umfaßte der Verband 112 Vereine mit 242 000 Mitgliedern. 1504 Verteilungsstellen erzielten einen Umsatz von 1248 Millionen Finnennark. Charakteristisch für Finnland sind die

genossenschaftlichen Cafés und Restaurants.

Es gibt keinen größeren Verein der KK, der nicht sein eigenes Restaurant hätte. Diese werden wohl am besten verglichen mit den „Volkshäusern“ in Deutschland. Diese Gasthäuser stehen jedem offen und werden von allen Bevölkerungskreisen besucht. Die meist schmuck und anheimelnd ausgestatteten Räume sind die Mittelpunkte des Gesellschaftslebens der betreffenden Stadt oder Gemeinde. Grundsätzlich wird in den Genossenschaftsrestaurants kein Alkohol ausgeschenkt!

Auch die Vereine der KK besitzen eigene Produktionsstätten (insgesamt 73), diese stellen 22 Prozent des Umsatzes der Vereine selber her. Bahnbrechend für Finnland waren die genossenschaftlichen Großbäckereien des KK. Muster gültig ist die Ausstattung der Verteilungsstellen. Die Verkaufskontore und größeren Zweigstellen sind mit schönen Ausstellungs- und Lagerräumen versehen.

Mustergut in Tamnisto.

Von der Arbeit der rein landwirtschaftlichen Genossenschaften sei das von der Genossenschaft Hankkija in Tamnisto eingerichtete Muster- und Versuchsgut angeführt. Dort würden neue Sommer- und Wintersaaten gezüchtet, die durch

eine Verbindung von Widerstandskraft mit gutem Ertrag den Getreidebauern Finnlands jährlich Millionen Finnennark Mehreinnahme bringen. Die Anstalt steht in ständigem Erfahrungsaustausch mit den entsprechenden Instituten des Auslands. Auch mit der finnischen staatlichen Versuchsanstalt wurden Uebereinkommen getroffen. Tamnisto leistet

eine umfassende Aufklärungs- und Propagandaarbeit unter den Bauern.

Molkereigenossenschaften.

Die finnischen Molkereigenossenschaften haben sich sehr um die Viehzucht verdient gemacht. Die kleine hornlose finnische Landkuh ist das Ergebnis langjähriger sorgfältiger Züchtungen. Sie ist abgehärtet und zäh, unempfindlich gegen die meisten Krankheiten, besonders gegen die Tuberkulose, und ist auch mit kargen Weiden zufrieden. Im Verhältnis zu ihrer Größe liefert diese Kuh gute und reichliche Milch erträge. 1929 betrug der durchschnittliche Milch ertrag pro Kuh 2537 Kilogramm (Deutschland: 1928: rund 2300, 1931: rund 2100 Kilogramm) mit etwa 4 Prozent Fettgehalt. Der Butterexport aus Finnland wird mit Hilfe dieser „Butterkühe“ erzeugt; 1930 betrug er 17,1 Millionen Kilogramm.

82 Prozent aller Molkereien sind Genossenschaftsmolkereien. Alle diese Molkereigenossenschaften arbeiten nach der von Pellervo herausgegebenen Mustersatzung. Ihr Bestreben ist, nur Ware erster Qualität zu liefern. Dazu dienen eine große Anzahl Milchuntersuchungsanstalten und Forschungsstätten.

Kreditgenossenschaften.

Die Kreditgenossenschaften sind nach Art der Raiffeisenkassen aufgebaut auf dem Grundsatz des persönlichen Kredits. Die Mitglieder haften unbegrenzt für alle Verpflichtungen der Kasse. Kredite dürfen nur zu produktiven Zwecken gegeben werden. Die einzelne Genossenschaft darf kein zu großes Gebiet umfassen, weil nur dann eine ausreichende Kontrolle über die Verwendung der Kredite gewährleistet ist. Außerdem gibt es in Finnland ein

Soliditätsregister,

aus dem alle Einzelheiten über die Kreditgenossenschaften, über die Molkereigenossenschaften und die Konsumvereine ersichtlich sind. Zur Nachahmung sehr zu empfehlen!

Manches Interessante aus dem finnischen Genossenschaftswesen wäre noch zu berichten, doch ist das im Rahmen unserer Zeitung nicht möglich. Wir können allen Freunden der Genossenschaftsbewegung nur empfehlen, wie das dänische, so auch das finnische Genossenschaftswesen eingehend zu studieren.

Fast jeder erwachsene Finne gehört einer Genossenschaft an, und den finnischen Genossenschafftern wird eine „bewundernswerte Sachlichkeit und Sachkenntnis“ bei ihrer Tätigkeit nachgerühmt!

R. Höll.

Schweizer Bauern fordern.

Am 20. August veröffentlichte der Schweizerische Bauernverband nach einer Tagung in Bern 13 Forderungen, unter anderem die folgenden:

„Die Preise der meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse, insbesondere der Milch, des Rindviehs, der Schweine und des Holzes müssen erhöht werden, sonst geht der schweizerische Bauernstand einem langsamen, aber sichern Zerfall entgegen.“ Der Staat soll einen Butterpreis garantieren, bei dem der Liter Milch mit mindestens 19 Rappen (15 Pfennig) verwertet wird.

Für Darlehen, die durch Grundpfand, Viehpfand, Wertpapiere und anderes Faustpfand sichergestellt sind, soll als Notstandsmaßnahme durch Bundesgesetz der zulässige Höchstzinsfuß, inbegriffen Kommissionen und dergleichen, sofort auf 5 Prozent festgesetzt werden. Uebertretung der Vorschrift ist zu bestrafen.“ — Also ein Höchstzinssatz nach mittelalterlichem Muster!

Der Bauernverband empfiehlt die sofortige Einführung von Zöllen auf Kraftfuttermittel. Eine Forderung, die viehzüchtende Bauern wohl kaum je erhoben haben! Der Schweizerische Bauernverband hofft, daß die Verteuerung der Kraftfuttermittel „einer übertriebenen und unzweckmäßigen Verwendung von Kraftfuttermitteln“ entgegenwirkt. Ferner sollen die Zölle dazu dienen, Subventionsmittel zu beschaffen: Dreiviertel des Zollertrages sollen zur Stützung der Milchpreise, der Rest für sonstige Förderung der Landwirtschaft verwandt werden.

Das ist also

das Neueste auf dem Gebiet der Agrarpolitik:

Bauern fordern eine Verteuerung ihrer Selbstkosten durch Zölle; sie fordern ferner, daß der Zollertrag dazu verwandt wird, den Preis ihrer Produkte mehr in die Höhe zu treiben, als der Selbstkostensteigerung entspricht.

Wenn nicht durch die Wirtschaftskrise, die in der Schweiz und in den Abnehmerländern für Schweizer Produkte herrscht, die Kaufkraft für die Produkte der Schweizer Bauern beschnitten worden wäre und wenn nicht so viele törichte Vorbilder vorlägen, wären die Schweizer Bauern wahrscheinlich nicht auf so törichte Forderungen verfallen! Für sie gilt dasselbe wie für die deutschen Bauern: Eine durchgreifende Besserung ihrer Lage können sie nur von einer Steigerung der Massenkaukraft erwarten. — t.

Törichte Forderungen werden prompt erfüllt.

Der schweizerische Bundesrat hat am 2. September beschlossen, vom 6. September an Zuschlagszölle unter anderem zu erheben auf: Mais, Maisgries, Maismehl, Malzkeime, Malztreiber, Biertreiber, Schlempe, Futtermelasse, Fleischfuttermehl, Fischfuttermehl, Maizena-Futtermehl. Vom gleichen Tage ab wird die Einfuhr kontingentiert bei: Oelsamen, Oelfrüchten, Wallnuskernen, Oelkuchen, Oelkuchenmehl.

Hochkonjunktur in Stützungsplänen.

Die deutsche Regierung will die Gerstenpreise stützen. Ähnlich wie im vorigen Jahr erhalten die aufkaufenden Firmen einen Zuschuß von der Regierung und übernehmen die Verpflichtung, die gekaufte Ware mindestens drei Monate vom Markt fern zu halten. So sollen etwa 70 000 Tonnen Gerste eingeliefert werden, etwa 25 Prozent mehr als im Vorjahr.

Auch der Roggenpreis soll gestützt werden. Die Roggenmengen, die zu diesem Zweck aufgekauft werden, sollen in den Futterrog wandern.

Ob und wie die Weizenpreise gestützt werden, wird abhängig gemacht vom Vorliegen der Ernteschätzungsziffern für Ende August.

Papen hat in seiner Rede in Münster Einfuhrkontingentierungen in Aussicht gestellt. Der vom Reichsernährungsminister aufgestellte Verordnungsentwurf sieht für das erste Vierteljahr folgende Kontingente vor (gerechnet in Prozenten der Einfuhr des entsprechenden Zeitraums 1931):

Ein Kontingent von 70 Prozent ist vorgesehen für Salzwasserfische (mit Ausnahme von Heringen) und Eier.

Ein Kontingent von 60 Prozent ist vorgesehen für Paprika speck und Schweineschmalz.

Ein Kontingent von 50 Prozent ist vorgesehen für Hühner, Enten, sonstiges Federvieh außer Gänsen, Hartkäse, Weichkäse, Kalbfelle, Rindshäute, Därme und Magen von Vieh, Fischmehl, Garneleenschrot und Wein und Most.

Ein Kontingent von 45 Prozent ist vorgesehen für frische Tafeltrauben.

Ein Kontingent von 40 Prozent ist vorgesehen für Äpfel, Birnen, Quitten, Pflaumen, Rundholz und Butter.

Ein Kontingent von 30 Prozent ist vorgesehen für Speisebohnen, Erbsen, Rotkohl, Weißkohl, Wirsingkohl, Blumenkohl, Rosenkohl, Zwiebeln, Gurken, Kürbisse, Blumen, Blütenblätter und Knospen, Holz (auch in vielen Bearbeitungsstufen), Eisenbahnschwellen, Rindvieh lebend, Fleisch, gesalzene Heringe und Sprotten, Reisabfälle.

Ein Kontingent von 25 Prozent ist vorgesehen für frische Bananen.

Ein Kontingent von 20 Prozent ist vorgesehen für geschlachtetes Federvieh, Süßwasserfische und für Heringe.

Ein Kontingent von nur 10 Prozent ist vorgesehen für Korbeiden, Reifenstäbe, geschälte und gespaltene Erbsen und für Zucker.

Die „Landwirtschaftliche Wochenschau“, die dieses Verzeichnis als erste veröffentlicht, schreibt dazu: „Nachdem die Einzelheiten der Einfuhrkontingentierung bekannt geworden sind, ist die schnellste Entscheidung des Reichskabinetts erforderlich, um die sonst zu erwartenden umfangreichen Vereinfachungen zu vermeiden.“ Das Reichskabinet hat nun die Wahl, entweder unter dem Druck dieser Erpresser zu handeln, oder aber ihnen die Schuld dafür zuzuschreiben, daß die deutsche Landwirtschaft durch umfangreiche Vereinfachungen tatsächlich geschädigt wird.

Von der Geldfront nichts Neues.

Reichsbank am Monatsende.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs- schatz- wechsel	Lombard- ford.	Wechsel, Schecks	Noten- umlauf	Giro- guthaben	Gesamt- Geld- umlauf
23. 8. 1931	1366	314	—	99	2951	4050	533	5662
31. 8. 1931	1366	356	38	208	3101	4384	509	6069
23. 7. 1932	754	138	5	102	2922	3722	359	5681
31. 7. 1932	766	128	48	224	3108	3967	380	6054
23. 8. 1932	768	144	4	93	2780	3617	353	5556
31. 8. 1932	769	157	37	207	3009	3817	408	5892

Seit Mitte Juli ist der Zugang an Deckungsbeständen bei der Reichsbank größer als der Abgang. Im vorliegenden Ausweis ist ein Zuwachs von rund 13 Millionen Mark Gold und Deckungsdvisen zu verzeichnen.

Die Ausleihungen haben sich zum Monatsende um 377 Millionen Mark erhöht, ungefähr um ebenso viel wie Ende Juli. Sie sind um 127 Millionen Mark geringer als Ende Juli.

Der gesamte Geldumlauf ist um 162 Millionen Mark niedriger als Ende Juli und um 177 Millionen Mark niedriger als Ende August 1931. Interessant ist: Er liegt nur um 9 Prozent unter dem von 1929, obwohl seitdem zum Beispiel das Arbeitsloskommen um 38 Prozent geschrumpft ist. Die Hortung von Noten hat also wohl beträchtlichen Umfang. „Wehe, wenn sie losgelassen!“ Rpt.

ARGENTINIEN

Weizenanbaufläche steigt! Die Anbaufläche für die Saison 1932/33 ist um 791 000 Hektar auf 7,8 Millionen Hektar gestiegen, also fast um 10 Prozent. — Ein verzweifelter Versuch der Landwirte, trotz sinkender Weizenpreise die Zinslasten und anderen fixen Ausgaben aufzubringen.

KANADA

Fortsetzung der Weizenpreisstützung (das Damoklesschwert über dem Weizenmarkt bleibt hängen): Der Weizenpool hat sich im Einvernehmen mit der Regierung entschlossen, 80 Millionen bushel Weizen weiter vom Markt fern zu halten. Die Regierung bezahlt die Lager- und Versicherungskosten.

DEUTSCHLAND

Lebenshaltungskosten: Im August betrug die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten 120,3 (Juli: 121,5).

Steine als Steuerzahlung: Im Kreis Soldau ist folgendes Verfahren der Steuerzahlung eingeführt worden: Die Landwirte liefern Steine ab; der Kreisauschuß läßt sie durch Arbeitslose zerschlagen und verkauft sie dann an die Eisenbahn-Direktion. Der nach Abzug der Arbeitslöhne und Transportkosten verbleibende Erlös wird den Landwirten auf ihre Steuerrückstände gutgeschrieben. — Das Verfahren ist weniger kompliziert als das von der Reichsregierung ausgeklügelte Steueranrechnungsschein-Verfahren!